

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neus Traupenstr. 3/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate M. 3.75, sechs Monate M. 6.50, ein Jahr M. 11.50, frei ins Haus M. 12.50, wo keine Post am Orte, M. 13.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Anzeigensätze für die einblättrige Colonietabelle über deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Besetzung und Berufsaussichten 15 Pfennige, Anzeigensätze 25 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 157.

Breslau, Sonnabend, den 8. Juli 1911

22. Jahrgang.

## Das heuchlerische Spiel des Zentrums.

Die über alle Erwartungen glänzend und eindrucksvoll verlaufenen Wahlrechtsversammlungen der Berliner Arbeiterkammer geben den Zentrumsblättern Gelegenheit zu allerhand hämischen Bemerkungen und platten Schimpfereien, wie man sie bei solchen Anlässen in der Zentrumspresse regelmäßig finden kann. In diese Art der „Unterstützung“ der Bewegung durch die schwarzen Wahlrechtsfreunde ist man ja jetzt jeder gewohnt, und es wäre auch kein Wort weiter darüber zu verlieren, wenn sich z. B. die brave „Volkswacht“ nicht stützlich entrüstete über einige sachlich entwandte Feststellungen über das Verhalten des Zentrums, die in der Versammlungsresolution gemacht worden sind. Es heißt in dieser Resolution äußerst guttorendend:

Die Versammlung konstatiert, daß die konfessionellen Wahlrechtsfeinde allein zu schwach wären, der Forderung des gleichen Rechts länger Widerstand zu leisten, hätten sie nicht die Unterstützung des Zentrums u. d. der Nationalliberalen gefunden. Sie brandmarken das Verhalten der Nationalliberalen, die im Grunde mit den Konservativen das gleiche Wahlrecht zu Fall brachten; aber die Verkommenheit durchschauen auch das heuchlerische Spiel des Zentrums. Dieses stimmte für das gleiche Wahlrecht in der Gewißheit, daß es durch die Nationalliberalen ohnehin verworfen wird.

Der Schmerz über diese rücksichtslose Enthüllung der Wahrheit entlockt dem Zentrumsblatt die schönsten Sauerherdentöne: „Gelogen“, „Korruption“, „auf das unerschämteste belogen“, „Lüge“, „Spindel der politischen Geisteslosigkeit“, „unbegrenzte Strupellosigkeit“, „dreiste Fälschung der Zeitgeschichte“, „der Wahrheit ins Gesicht schlagendes Gebahren“, „politisches Dubschuld“. Das wäre ungefähr eine Blütenlese aus dem Sammelbeden Christi-cher Liebenswürdigkeiten, die aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Sehen wir von den blöden Schimpfereien ab, die uns beweisen, wie gut der Streich gesehen hat, und betrachten wir die Tatsachen. Was ergibt sich da?

Das Zentrum und seine Anhänger haben nie einen Finger gerührt, um die preussische Wahlrechtsbewegung zu unterstützen. Die Zentrumspresse hat vielmehr die Wahlrechtsbewegung der sozialdemokratischen Arbeiter stets nach Kräften verkleinert, heruntergerissen und denüanziert.

Vom Jahre 1878 bis zum Beginn der Wahlrechtsbewegung, also dreißig Jahre lang, hat das Zentrum für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nichts getan.

Dem Antrage auf Einführung des Reichstagswahlrechts, den das Zentrum dann endlich im Jahre 1907 unter dem Druck der Wahlrechtsbewegung einbringen mußte, wurde von 13 Zentrumsabgeordneten die Unterschrift verweigert. Das Zentrum hat diese offenen Gegner des Reichstagswahlrechts bei den Landtagswahlen von 1908 ruhig wieder aufgestellt.

Am 23. Januar 1904 sagte Dr. Bachem im Abgeordnetenhaus, wie man es dann daran denken, ohne weiteres das Reichstagswahlrecht an die Stelle des preussischen Wahlrechts zu setzen, weil erstens keine Mehrheit dafür da sei, dann aber, „weil doch das bestehende Reichstagswahlrecht auch als das reine Ideal nicht anerkannt werden kann, und es doch, wie sich gezeigt hat, Mißstände mit sich bringen kann, die sich beseitigen lassen, von denen wir nicht wünschen können, daß sie ausgedehnt werden. Zwischen diesen beiden Extremen aber, dem preussischen Dreiklassenwahlrecht und dem Reichstagswahlrecht, gibt es eine Mitte, und nach dieser Mitte sollte man hinstreben, um bezweifelten, in ruhigen Zeiten, zu einer geeigneten Verbesserung zu kommen.“

Bei dem mißglückten Wahlrechtsversuch von 1910 machte das Zentrum mit den verbissenen Wahlrechtsfeinden, den preussischen Junkern, gemeinliche Sache; es brachte das von der Regierung vorgeschlagene direkte Wahlrecht zu Fall, gestaltete die geheime Abstimmung zur Parikatur, stimmte das gleiche Wahlrecht nieder und bereitete zum Schluß jede Verbesserung.

Schließlich am 27. Juni d. J. erklärte der Zentrumsredner Herold, ebenso wie Bachem 1904, das gleiche Wahlrecht für zunächst unerreichbar. Bei der Abstimmung stimmte das Zentrum für die Beibehaltung der alten Wahlkreise, ohne deren Neueinteilung das gleiche Wahlrecht von selber ganz unmöglich wird.

Das sind geschichtliche Tatsachen. Jeder wird sich darauf selber seinen Vers machen können. Wir stellen einfach fest. Und wenn es den erwischten schwarzen Herrschaften eine Erleichterung gewährt, sich tüchtig auszuschimpfen, immerzu!

## Die Wirkungen der letzten Reichsfinanzreform.

Die im Jahre 1909 von den gesetzgebenden Stellen des Reiches beschlossenen neuen Steuern haben nach den bisherigen

Einnahmeergebnissen die von Ihren Vätern gehegten Erwartungen nicht erfüllt. Die Ertragnisse sind seither wesentlich geringer gewesen, als angenommen wurde. Statt der gewünschten 460 Millionen Mark sind für die nächste Zeit nur etwa 365 Millionen Mark pro Jahr zu erwarten. Immerhin ergibt das nach auf den Kopf der Bevölkerung 5,60 Mark pro Jahr. Im einzelnen haben die bisherigen Ertragnisse folgendes gezeitigt. Pro Jahr werden eingenommen:

	insgesamt	pro Kopf der Bevölkerung
1. Erhöhung des Wertpapierstempels	20 Mill. Mk.	0,31 „
2. Zionsstempel	13 „ „	0,20 „
3. Schenkstempel	5 „ „	0,08 „
4. Weitere Wechselstempelabgaben	2 „ „	0,03 „
5. Grundbesitzsteuer	40 „ „	0,61 „
6. Schaumweinsteuer und -Zoll	5 „ „	0,08 „
7. Leuchtstoffsteuer	15 „ „	0,23 „
8. Mehrertrag der Branntweinsteuer	55 „ „	0,84 „
9. „ „ Brausteuer	85 „ „	1,30 „
10. „ „ Tabaksteuer	45 „ „	0,69 „
11. „ „ des Kaffee- u. Teezolls	37 „ „	0,57 „
12. „ „ der Zündwarensteuer	18 „ „	0,28 „
13. Erhöhung der Matrifalarbeiträge	25 „ „	0,38 „
	365 Mill. Mk.	5,60 Mk.

Die höchsten Ertragnisse haben hiernach die auf die alkoholischen Getränke gelegten Steuern gebracht. Soweit die Unterlagen überhaupt eine Berechnung gestatten, beträgt die neue Mehrbelastung auf den Hektoliter Spiritus 40 Mark. Das ergibt auf ein Glas Branntwein von ein Zehntelliter bei einem Alkoholgehalt von 40 Prozent eine Steuer von 1,6 Pf. Beim Bier berechnet sich die steuerliche Mehrbelastung auf 1,75 Mark für einen Hektoliter oder auf 0,7 Pf. für ein Glas Bier von ein Zehntelliter. Auch bei der Berechnung der Tabaksteuer fehlt es noch an sicherem Material. Nach Aufstellungen aus sachverständigen Kreisen läßt sich die reine Steuer-mehrbelastung für die 4 Pfennig-Zigarre auf etwa 0,21 Pf., für die 5 Pfennig-Zigarre auf etwa 0,37 Pf., für die 6 Pfennig-Zigarre auf 0,45 Pf., für die 10 Pfennig-Zigarre auf 0,78 Pf., für die 12 Pfennig-Zigarre auf etwa 1 Pf. annehmen. Bei Zigaretten im Preise bis zu 2 Pf. macht die Steuererhöhung 1/4 Pf. pro 25 Stück aus. Bei der Leuchtstoffsteuer, welche die nächsthöhen Ertragnisse bringt, ist die Berechnung ebenfalls eine komplizierte. Man kann sagen, daß die Steuer die Beleuchtungskosten durch Glühlämpfen bei jeder Mark, die bisher zu zahlen war, um 1/2 bis 3 Pf. erhöht. Der Kaffee- und Teezoll hat das Pfund gebrannten Kaffees mit 12 1/2 Pf., das Pfund Tee mit 37 1/2 Pf. mehr belastet. Die Zündwarensteuer beträgt 1/2 Pf. für jede Schachtel mit einem Inhalt von 30 bis 60 Stück.

Seither wurde bei Einführung neuer Zölle und Steuern immer beobachtet, daß ihr Ertrag zunächst gering war. Das hat seinen Grund darin, daß vor der Einführung der Steuer das Publikum sich mit den zu besteuerten Gegenständen reichlich versorgte und so unmittelbar nach der Einführung der Steuer an diesen Dingen zunächst ein geringer Bedarf vorhanden war. Das war auch bei dem Inkrafttreten der Reichsfinanzreform 1909 der Fall. Es steht daher zu erwarten, daß, wenn bei der Bevölkerung der Vorrat an Streichhölzern u. dgl. gänzlich aufgebraucht ist, die Ertragnisse der Steuern höhere werden.

Aber auch, wenn sich die Steuerbeträge nicht heben sollten, haben wir keinen Anlaß zu jubelnden. Wird das im Reichsjahre vorhandene Loch nicht gestopft, wird es immer größer, so werden eben neue Steuern gemacht. So lange Vertreter der besitzenden Klassen die Mehrheit im Reichstage bilden, werden die Steuern auch immer die arbeitenden Klassen treffen.

## Politische Uebersicht.

### Braukapital und Hygiene-Ausstellung.

In einer Versammlung der Konferenz für Hygiene und Frauenstimmrecht in Dresden hielt u. a. Landrichter Dr. Popert-Hamburg einen Vortrag über Alkoholbekämpfung, wobei er u. a. ausführte, daß die bürgerliche Presse mehr oder weniger unter dem Einfluß des Alkoholkapitalismus stehe, nur die sozialdemokratische Presse mache eine rühmliche Ausnahme. Viel sei dadurch gewonnen, daß die Sozialdemokratie dem Alkoholismus den Krieg erklärt habe. Herr Popert hat schon in Hamburg darauf hingewiesen, daß in Breslau nur die „Volkswacht“ dem Veruche widerstanden habe, Kundgebungen des Braukapitals in einer die Leser täuschenden Form abzugeben. Alle anderen Blätter haben sich für klingende Münze bereit finden lassen. Der Referent wandte sich auch gegen den Dresdener Oberbürgermeister, der auf der Brauerlagung in Dresden erklärt habe, die Behörden nähmen der Alkoholfrage gegenüber eine neutrale Stellung ein.

In der Diskussion griff Genosse Dr. Sachs scharf die Zeitung der Hygiene-Ausstellung an, die es geduldet habe, daß die Brauer-Union Tabellen mit unrichtigen Darstellungen

über die Gesundheit des Biertrinkers ausstelle. Diese Statistik sei ein großer Volksbetrug, da die Zahlen, die wirklich Ausschluß geben könnten, nicht aufgeführt seien. Es sei ein Skandal, daß die Ausstellungsleitung die Vorführung einer solchen Statistik, die das Publikum hinter das Licht führe, gestatte. In anderen Fällen habe sie gezeigt, daß sie nicht alle Sachen ungeprüft zulasse. Sie habe die Heimarbeit ausstellung vorbereitet, obgleich die Gewerkschaften bereit waren, sämtliche Ausstellungsgegenstände von einer unparteiischen Jury prüfen zu lassen. Dr. Neubert teilte mit, daß das Material jetzt von einem namhaften Statistiker nachgeprüft worden sei. Der habe ebenfalls erklärt, daß die Statistik die Wahrheit auf den Kopf stelle. Die Ausstellungsleitung habe daraufhin die Entfernung verlangt.

Auch der Referent bezeichnete das Verhalten als einen großen Skandal. Er billigte vollkommen, was Dr. Sachs über die Heimarbeit ausstellung gesagt habe.

Eine sehr scharf gehaltene Resolution gegen die Ausstellungsleitung gelangte um deswillen nicht zur Abstimmung, weil man Gastrecht genoss.

**Zentralverbänder und Hansabänder.** Je mehr die Austritte aus dem Hansabund sich häufen, umso deutlicher zeigt sich auch, daß es sich hier um einen von langer Hand vorbereiteten Vorstoß des Zentralverbandes der Industriellen handelt. Die Kirdorf, Koetger, Tille und Genossen hatten sich an der Gründung des Hansabundes beteiligt in der Hoffnung, ihn ihren hochschützjülicheren und arbeiterfeindlichen Zielen dienlich zu machen. Als sich dann immer deutlicher offenbarte, daß die in dem Hansabund vertretenen Interessen viel zu weit auseinander gingen, um unter einen Hut gebracht zu werden, und sich vor allem auch herausstellte, daß die maßgebenden Personen des Bundes in ihrer Mehrheit nicht geneigt waren, sich bedingungslos vor den Karren der Zentralverbänder spannen zu lassen, war der Entschluß gefaßt, dem Bund den Rücken zu kehren und seine Politik aufs schärfste zu bekämpfen. Man wartete nur die günstigste Gelegenheit ab, um den Entschluß zur Tat werden zu lassen, und da sich sonst kein Anlaß bot, benutzte man die Rede Dr. Meiers auf dem Hansabundstage und den kurz danach veröffentlichten Werbeauftrag als lächerlichen Vorwand zur Sezession. Die Bahn ist damit freigeworden für die Wiedervereinigung der Zentralverbänder mit dem Bund der Landwirte und seinen konservativ-ultramontanen Genossen, mit denen Arm in Arm die Nationalliberalen des rechten Flügels marschieren. Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen wird dieses halbe Bündnis zur Ausplünderung und Knebelung des deutschen Volkes, gepickt mit den Millionen der Juliusfürmer und den Kaltschmiergeldern der Landbändler, seine Feuertaufe zu bestehen haben.

**Alldeutsche Vorkünngen.** Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ für Vertretung der Interessen der Gebr. Mannesmann, scheint die Annexion eines Teiles von Marokko durch Deutschland bereits als vollzogene Tatsache anzusehen. Dieses Blatt, das sich in der maßlosten Hege gegen die Arbeiterschaft nie genug tun konnte, findet es an der Zeit, an die deutsche Arbeiterschaft zu appellieren, sich für die Annexionspolitik zu erklären. Das Blatt rechne den Arbeitern vor:

„Für 2500 Millionen Mark Nahrungsmittel sind wir gewöhnt, alljährlich aus dem Ausland einzuführen, weil der heimische Boden nicht mehr ausreicht, die jährlich hinzukommende Million neuer Mäuler zu stopfen. Und zur Bezahlung dieser Schuld unseres Volkes aus dem Ausland alljährlich für 600 Millionen Mark Baumwolle, für ca. 200 Millionen Mark Eisen erze, für 200 Millionen Mark Kupfer u. dgl. Gerade diese Industrierohstoffe aber können mit der größten Teile aus Marokko beschaffen und ein deutsches Marokko in seiner Fruchtbarkeit gestattete uns zum erheblichen Teile die Versorgung mit Lebensmitteln — unabhängig von den Schiffen, von den Zollerschweren des Auslandes. Die ganze Eisen- und Maschinenindustrie, die 1 1/2 Millionen Arbeiter beschäftigt, die Kupfer verarbeitende elektrische Industrie mit ihren 150.000 Arbeitern, die Baumwollindustrie mit fast 300.000 Arbeitern haben alle das lebhafteste Interesse an einem deutschen Marokko und gerade der deutsche Arbeiter müßte in seinem ureigensten Interesse für eine uns günstige Lösung der marokkanischen Frage für die Sicherung einer großen deutschen Einflusssphäre in Marokko eintreten.“

Alter Schwindel in neuer Aufgabel Mit denselben Worten hat man anlässlich der Holtententwahl den deutschen Arbeitern die Segnungen unserer Kolonien angepriesen, ohne daß dieser Segen sich bis jetzt irgendwo gezeigt hätte. Mag sein, daß Marokko in seinen einzelnen Teilen fruchtbarer ist als unsere Kolonien, aber dem deutschen Volke kann das um deswillen nichts nützen, weil die Kolonien von Deutschland als Zoll-Ausland behandelt werden und die von dort kommenden Lebensmittel bei der Einfuhr nach Deutschland zollpflichtig sind. Was aber den deutschen Steuerzahlern die Befreiung eines Teiles Marokkos kosten würde, davon sagt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, dieses brutale Organ eines rücksichtslosen Ausbeutertums, kein Wort.

**Pfäffische Geharbeit.** Die katholische Geisteswelt in Baden läßt nicht nach in der Hege gegen unser neues Parteiblatt, die „Volkswacht“ in Freiburg. Der Zentrale des babilischen Zentrums, Geistlicher Rat-Walter, schreie sich nicht, am Sonntag von der Kanzel herab zu verkünden, &

ist nicht nur eine Klade, sondern sogar verdreherisch, die sozialdemokratische Presse zu unterstützen. Ein anderer Geistesher warnte „jeden gläubigen Christen“, wie überhaupt „jeden anständigen Menschen“, die Freiburger „Volkswacht“ zu lesen. Dieser Beschimpfung einer politischen Partei in der Kirche fügte er noch hinzu: Jeder Christ, der die „Volkswacht“ abonniert oder durch Inserate unterstützt, ist ein Feind der Religion. In der gleichen Weise haben andere katholische Geisteskräfte die Kanzel benützt, um ein ihnen unangenehmes Organ zu beschimpfen und zu verächtlichen. Auch die Presse des Zentrums ist natürlich nicht müde; sie sucht sogar die katholische Geistlichkeit noch zu übertrumpfen. Die „Oberländer Tagespost“ pettschaft die katholischen Geistlichen zum Verächtlichmachung förmlich auf. Das Blatt behauptet, die katholische Geistlichkeit habe die Pflicht, vor einer solchen Presse, welche Glaube und christliche Sitte zerstöre, zu warnen. Auf diese Tonart ist fast die ganze Zentrums-Presse gestimmt. Und der Erfolg? In Freiburg hat die „Volkswacht“ um nahezu 1000 Abonnenten zugenommen; aus den größeren und auch aus kleinen und kleinsten Orten liegen Bestellungen vor, die gegen früher, als den jetzigen Abonnenten noch der Karlsruher „Volkfreund“ geliefert wurde, eine Zunahme von 50—80 Prozent bedeuten. Die Tätigkeit der katholischen Geistlichkeit hat sich bis jetzt also vorzüglich bewährt.

**Die Stimme eines Kleinbrenners.** Die Frage von der Notwendigkeit der Liebesgaben für die Kleinbrenner wird durch die Auslassungen eines kleinen Brenners in Baden (in Baden) auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Das Bonndorfer Zentrumsblatt hatte das Eintreten der Zentrumsfraktion für die Liebesgaben bei der Reichsfinanzreform als eine nationale Tat gefeiert. Dagegen protestiert nun ein Fachkundiger durch folgendes Eingelände:

Wir kleinen Brenner beglücken heute das Doppelte von früher und können gewöhnlichen Brennwein aus Obstresten und Früchten für den Hausgebrauch gar nicht mehr brennen, weil es sich nicht mehr lohnt, weil man nicht mehr die Steuer und das Holz herausbringt. Höchstens, daß noch Qualitätschnaps aus Obstresten und Früchten gebraut werden können. Wer diese nach dem Brennen aber gleich verkaufen muß, und das ist bei kleinen Brennern meist der Fall, bekommt Preise dafür, daß er kaum noch bestehen kann. Von heutiger Kontrolle will ich gar nicht reden, die kennt jeder Brenner. Das „Volkswacht“ frage doch, ehe es schreibt, einmal einen Kleinbrenner, und der wird ihm dann sagen, was der schwarz-blaue Bloch gemacht hat; — die kleinen Brenner hat er vernichtet. So lange sie noch ihr altes Brenngesicht haben, „mogen“ sie aus Gewohnheit so weiter; aber ein neues Brenngesicht nach schwarz-blauem Rezept anzuschaffen, dazu fehlen ihnen die Moneten.

Das ist deutlich! Wer in Wirklichkeit die Vorteile der Liebesgabengesetzgebung selbst in Baden mit seinen vielen Kleinbrennern einheimst, das zeigt der Umstand, daß die große Brennerei und Brauerei Sinner in Grünwinkel bei Karlsruhe, die ihren Aktionären seit unter 20 Prozent Dividende in die Taschen schüttelt, von den für Baden eine Million betragenden Liebesgaben allein 450.000 Mark jährlich erhält! Die wirklich Bedürftigen aber, die Kleinbrenner, gehen leer aus. Das Verhältnis ist bei uns im Osten natürlich noch viel ungünstiger für die Kleinen.

**Die Gegenweise im Zentralverband der Industriellen.** Der Verband deutscher Fahrradfabrikanten hat, wie aus Dresden gemeldet wird, seinen Austritt aus dem Zentralverband deutscher Industrieller erklärt. Mit dem Austritt einzelner Mitglieder aus dem Panjabunde hat sich auch eine Konferenz von Geschäftsführern der dem Zentralverbande deutscher Industrieller nachstehenden industriellen Organisationen, die in Hannover tagte, eingehend beschäftigt. Wie mitgeteilt wird, wurde seitens der Herren Lill und Pitzsch-Effen der Versuch gemacht, eine Stellungnahme gegen den Panjabund herbeizuführen. In ihrer großen Ueberzeugung ergab sich aber wider diesen Vorschlag ein so starker Widerstand, daß von der Fassung einer Resolution Abstand genommen wurde und die Konferenz auseinanderging, ohne über diese Frage einen Beschluß gefaßt zu haben. Von vornherein fiel es auf, daß ein

erheblicher Teil der in Betracht kommenden Verbände sich auf der Konferenz nicht hatte vertreten lassen.

**Die preussischen Innungen und der Panja-Bund.** Eine Korrespondenz verbreitet die Nachricht, der zufolge jetzt den preussischen Innungen vom Handelsminister aufgegeben worden sei, aus dem Panja-Bunde auszutreten. Dazu erklärt die Panjabundleitung: Die Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Bereits am 9. November 1909 war auf die Verfügung des Regierungspräsidenten von Potsdam seitens des Handelsministers entschieden worden, daß ohne Rücksicht auf irgend welche politischen Fragen die Innungen ihre Tätigkeit nur auf die die Innungsmittglieder unmittelbar berührenden gewerblichen Interessen nach den Vorschriften der Gewerbeordnung zu beschränken haben, während der Panja-Bund nicht diese unmittelbaren, sondern die allgemeinen wirtschaftlichen oder wirtschaftspolitischen Aufgaben verfolgte. Infolgedessen ist seit der Verfügung von 1909 das Bestreben der Leitung des Panjabundes darauf gerichtet gewesen, die einzelnen Mitglieder der Innungen statt dieser selbst als Mitglieder zum Panja-Bunde zu gewinnen.

**Nach einem Buchhändlerfest in Hannover.** Der Buchhändlerverein für Hannover-Linden führt in seinem Jahresbericht aus:

Von den Mitgliedern des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und den der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände angehörten Verbänden laufen fortgesetzt Klagen ein über die beiden Streiks oder Ausberrungen von Arbeitern mit dem Streikposten stehen verübten Mißbräuche und Ausschreitungen. Durch diese sind die Streikposten zu der gefährlichsten und wirkungsvollsten Waffe der Arbeiter in ihren Kämpfen gegen die Arbeitgeber geworden. Tatsächlich wird in nicht seltenen Fällen von den Streikposten gegen die nicht organisierten und arbeitswilligen Arbeiter Drohung, Ehrenverletzung, sogar körperlicher Zwang ausübt. Allgemein vorteilhafte Anordnungen sind meistens entweder gar nicht oder nur ganz ungenügend erlassen worden. Infolge dieser beklagten merkwürdigen Zustände ist das Direktorium des Zentralverbandes aus den Kreisen der Mittelglieder dringend aufgefordert worden, Schritte zur Beseitigung der mit dem Streikposten verbundenen Mißstände zu tun. Das Direktorium hat daraufhin beschlossen, dieser Aufforderung nachzukommen. Es erachtet, daß durch geeignete Bestimmungen in dem in Vorbereitung befindlichen Entwurfe zum neuen Strafgesetzbuche dem Unwesen beim Streikposten gesteuert werden könnte und wird einen dahingehenden Antrag den zuständigen Reichsbehörden unterbreiten.

Wägen die Arbeiter bei der Reichstagswahl dafür sorgen, daß diese Pläne nicht in Erfüllung gehen.

**Die Bewegung unter den Marinetechnikern** zieht, wie uns der Bund der technisch-industriellen Beamten mitteilt, immer weitere Kreise. Nachdem zunächst versucht worden ist, die Bautechniker bei den Garnisonbauverwaltungen der kaiserlichen Marine zwangsweise in ein privatrechtliches Dienstverhältnis überzuführen, scheint das Reichsministerium nun auch gegen das über die technische Personal in der gleichen Weise vorgehen zu wollen. Der Privatrechtsvertrag, dessen Annahme die Bautechniker wegen der darin enthaltenen unsozialen Bestimmungen abgelehnt haben, ist bereits einigen bei der kaiserlichen Marine in Kiel beschäftigten Bautechnikern zur Unterzeichnung vorgelegt worden; ebenso hat ihn die kaiserliche Werftverwaltung Friedrichsort ihren Technikern zur Kenntnisnahme und Hebung übergeben. Die im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten technischen Hilfsbeamten der kaiserlichen Marine in Kiel haben bereits Stellung genommen und beschlossen, die Annahme des Vertrages in der zurzeit vorliegenden Form zu verweigern. Es soll zunächst durch Eingaben beim Reichsmarineminister versucht werden, eine Veränderung der unangünstigen Bestimmungen des Dienstvertrages zu erzielen. Bis zur endgültigen Beilegung der schwebenden Differenzen hat der Bund der technisch-industriellen Beamten seinen Stellennachweis für die Betriebe der kaiserlichen Marine gesperrt.

**Zusammenbruch der Gese gegen die Freiburger Ortskrankenkasse.** Dienstag und Mittwoch fand vor dem Landgericht in Freiburg i. S. die Berufungsverhandlung in der bekannten Ortskrankenkassen-Affäre statt. Das Urteil lautet: Der angeklagte Mediziner Burghardt vom Freiburger Anzeiger wird wegen Beleidigung des Vorsitzenden der Freiburger Ortskrankenkasse Bußgeld von 300 Mk. Geldstrafe, Übernahme sämtlicher Kosten, auch der der Verteidigung des Richters, verurteilt. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß sämtliche Behauptungen des Anklägers über den Fall Graßler, der sich bekanntlich das Leben genommen hat, unrichtig seien. Man behauptet, Graßler hätte sich das Leben genommen durch die Schuld des Ortskrankenkassen-Vorsitzenden Vielzig. Es sei aber nachgewiesen, daß er wegen der Unregelmäßigkeiten, denen er überführt worden sei, sich das Leben genommen hat. Die Begründung des Urteils bedeutet eine völlige Niederlage des Reichsverbandes. In dem ersten Urteil vor dem Schöffengericht war Burghardt zu nur 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, auch sprach das Urteil damals nicht klar aus, ob die Behauptungen erwiesen seien oder nicht. Wegen formaler Beleidigung bleibe es für Vielzig bei 10 Mk. Geldstrafe.

**Der Wahlkampf in Düsseldorf.** Nachdem der Wahltermin nunmehr auf den 19. September festgesetzt worden ist, beginnt der Wahlkampf lebhaft einzusetzen. Das Zentrum präsentiert als Kandidaten den Landrat Adams und nun wollen auch die Opponenten des politischen Schlachtfeldes, die Antimiten Raab-Glebermannscher Richtung, mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plan erscheinen. Sie stellen den Varzer Leßlaff aus Solingen auf. Nur die Liberalen lassen noch nichts von sich hören, sie scheinen sich noch nicht klar zu sein darüber, ob sie dem Vorschlag des Abg. Erzberger zustimmen sollen, für den Kandidaten des Zentrums als Sammelkandidaten einzutreten.

**Bürgerlicher Ton.** Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt gegen die „Tägliche Rundschau“:

Man ist es nachgerade so gewohnt, daß die „Tägliche Rundschau“ in der deutschen Presse die Rolle übernommen hat, die der Ripel im älteren englischen Drama spielte, daß derartige Ripelereien auf ernsthafte Leute keinen Eindruck mehr machen können.

Die „Germania“ schreibt gegen die humoristische Beilage des „Berliner Tageblattes“:

„Eine lächerliche Frechheit. Der im Verlag von Mosse erscheinende „All“ leistet sich wieder einmal eine unqualifizierbare Frechheit. In der Mitte des Bildes steht Papst Pius X. in schwerer Panzerrüstung, die Hände auf dem Rücken, in diesen Pfosten haltend. Vor ihm reiten Pferde davon, die den Namen Oesterreich, Spanien, Portugal, Italien und Frankreich tragen. Hinter ihm steht ein Esel als Preußen gekennzeichnet. Das Ganze trägt die Unterschrift: „Der Erlame und sein Getreuer“, o Himmel, mein ganzer Mastfall zerstreut sich. Schätteste Stimmen von hinten: Weister und ich? — Eine solche Verpötlung bei gleichzeitiger Herabsetzung des deutschen Vaterlandes verbiten wir uns allen Ernstes.“

Alle vier beteiligten Blätter beklagen sich ab und zu über den schlechten Ton der — Sozialdemokraten!

## Ausland.

### Deutschland, Frankreich und Marokko.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 5. Juli: Ebenso ruhig, als nachdem die erste Bestätigung vorüber war, die Entsendung des „Panther“ im größten Teil der französischen Presse aufgenommen wurde, wird auch die Entsendung des „Panther“ durch den größeren Dampfer „Berlin“ jetzt beurteilt. Daß ein gewisses Mißtrauen durchdringt, ist selbstverständlich. So gut gewöhnt sind die Gerichte nicht, die offiziell für die Abberufung des „Panther“ und die Entsendung der „Berlin“ gegeben werden die Frage stellt allzu nahe, ob nicht doch Hintergedanken dabei mitwirken, ob es nicht ein kluger diplomatischer Schachzug war, zuerst nur den reparaturbedürftigen „Panther“ hinauszuschicken, um der kampffähigeren „Berlin“ den Weg zu ebnen. Man weiß darauf hin, daß auch „Berlin“ zu den kleineren Schiffen gehört und gibt sich in der französischen Presse Mühe, diese verstärkte Geleite ebenfalls nicht „allzutraglich“ zu nehmen. Allerdings weiß der „Figaro“ darauf hin, daß der Kreuzer „Berlin“ sich vom „Panther“ hartnäckig dadurch unterscheidet, daß er eine Kompanie Landtruppen mit sich führt, was beim „Panther“ nicht der Fall gewesen wäre. Und die radikale „Lanterne“ schreibt, daß man mit Einschleppung von Truppen nach Frankreich nichts erreichen würde. Die Berechnung der französischen, mit Deutschland in sofortige Verhandlungen einzutreten, findet auch heute wieder in den Blättern aller Parteien Ausbruch. Die deutschen Blätterstimmen, die sich gegen jede kriegerische Entwicklung aussprechen, werden zitiert und besonders die Stellung der sozialistischen Presse und der sozialistischen Partei wird als Beweis dafür angeführt, daß hüten und drüben starke Friedensfaktoren vorhanden sind. Wenn die deutsche Regierung keine außerordentlichen Pläne hat, so wird sich jedenfalls die Situation leicht wieder klären lassen. Sollte jedoch Deutschland die Abfahrt haben, zwei Fliegen auf einmal zu fangen, das heißt den in Marokko und Vorderasien tätigen Finanzleuten behilflich zu sein und seine militärischen Interessen zu wahren durch die Umwandlung von Agadir in eine deutsche Kolonisation, so sind schwere Verwicklungen vorauszusetzen. Der enge Zusammenhang des internationalen Kapitalismus mit dem internationalen Militarismus zeigt sich wieder einmal in der Karikatur Met's. Deutschland hat bekanntlich die Regierungen Europas wissen lassen, daß es sein Schiff aus den Gewässern von Agadir zurückziehen werde, sobald die Ruhe sich in den südlichen Gebieten von Marokko wieder eingestellt habe. Diese Bedingung ist vollständig sinnlos. Denn erstens liegt Agadir in jener Zone, die dem Einfluß des Südens völlig entzogen ist. Zweitens lassen sich gewisse Vorkommnisse stets zu unterwerfen, die für die Europäer gefährlich sind, und drittens steht es heute fest, daß Unruhen dieser Art gar nicht ausgeschlossen waren im Hinterland von Agadir, daß die Zustände ganz normal sind und daß Deutschland also, wenn es diese Zustände für „gefährlich“ ansieht, den Aufenthalt des Kreuzers „Berlin“ ins Unberechenbare ausdehnen kann. Etwas anderes wäre es, wenn die Franzosen, so wie es Faures und mit

## Jungfer Mutter.

Ein Wiener Vorfallsgeschichte von E. A. Christen.

6] (Kochbuch verboten.)

Der Kocher hatte war die Hochzeit und Leopold dachte schamlos zurück an die bräutliche Verbindung am Trauschein, und dann hat er seine Lene so fest an der Hand, damit der Brautpaar nicht fortlaufe, damit sie ihm seiner mehr nehmen könne. ... Ah, daß! Jetzt waren sie in der wirtlichen Mann und Weib, jetzt gab es sie ihm an, er sah seinen Arm um ihren Hals und drückte sie fest an sich, sie oder blühen Mann zu ihm und weipete:

„Aber Leopold! Du bist mir noch!“ was sie rührte schon in dem Augenblicke, als sich der Pfarrer wendete und hinausging.

„O Du! ... Du kleine! Ich magst Du Dein Leben nicht weg tun“, sagte der junge Ehemann fast zu laut und harte sie schallend auf die roten, heißen Wangen.

„Ganz und gar nicht, Leopold“, lächelte sie geistert und zog den Schloß über das prächtige Gesicht, bedeckte ihre Waden und das kleine lange Kleid, dann sah sie die leuchtende Färbung an den Wangen hin, die ihre Glühbirne durchdrachten.

„Jetzt geht die ganze Hochzeit in die Luft“, dort wird die ganze Hochzeit einträchtig und nachher wird gesehen, gerufen und gelangt!“ rief der Brautzeuger und brachte sich in seiner vollen Länge. Der alte Dragoon sagte heute das große Wort, er war in Brautzeuger, der Brautzeuger und Brautzeuger, er hatte zu dieser Feier sogar seine alte Uniform herangezogen. Die eine Brautzeuger schaut das Weib an: „Was ist das für ein Brautzeuger, ich hab's erlesen mit dem Goldschloß?“

„Ob es aber so gegangen wäre ohne mein Brautzeuger?“ fragte der Brautzeuger.

Der Leopold nicht beunruhigt, hat der Arm der Lene in der Hand und schloß sie an der Hand.

„Brautzeuger hand der Kocher Schmelzmacher mit seinem Schloß, sie hatten ihre Geigen mit sich und ein dritter Musikant war dabei, der hätte die Musik gemacht, daß es jeden Abend nach dem Kocher ging; als drei entzogen die Hochzeiter mit einem leuchtenden Gesicht, denn hatten sie sich um die Seite und gingen weiter zum Brautzeuger in die kleine Halle.“

„Was hat die Hochzeit? Die große Hochzeit war zum Trauschein und Leopold mit seinen Brautzeuger, Lene und dem Kocher hand heranzogen, der glühende kleine Schloß

auf der Diele, lüchelte, und als sie nach der großen Ehre in Höhe beiseite rüchelte was zu tanzen begannen, da ließen alle Nachbarn aus den nächsten Häusern herbei zu den Fenstern, machten Lärm. Gähne und gähnen hinein zu den lustigen Hochzeitern.

Der junge Brautzeuger, der fast immer mit den Schloßschmelzmacher heranzog, und noch ein zweiter leuchtender Mann, der geschloß den seiner Frau liebt und seines Vaters Gedächtnis, die beiden gingen schweigend hinein, schüttelten dem Kocher die Hand, wandten nach seiner Brust und schauten sich alle die anderen leuchtenden Gesichter an. Der junge Ehemann holte sein Weib, und wie sich das Paar fast ganz allein bei dem Brautzeuger brühte, die lächerliche Frau sah so hiesigem und lächig bewegte und mit halbgeschlossenen Augen auf den Arm ihres Mannes schloß, da kam es den neuen Schloß vor, als hätten sie die Lene noch nie früher gesehen.

„Du, wie ist denn die so in die Höhe geschloßen, ohne daß wir es bemerkt haben?“ lachte der jüngere.

„Was uns beunruhigt?“ erwiderte sein Begleiter.

„Gleich nachdem der Pfarrer vorbei war, hat der Leopold seiner Frau einen Schloß, er wachte sich die Seite, küßte die Lene auf die Schenkel und ließ sie den Brautzeuger küßten, die zwei Hochzeiter aber brachten sich hinter die Braut.“

„Das kleine Schloß, das ich mein Leben lang gesehen hab!“ lächelte der lächerliche Kocher, jedoch so laut, daß es die Lene hören mußte.

„Aber Frau, Frau, Frau! mußt Du sagen. Die hätte einen neuen Pfarrer kommen nicht so einen die Seite Neum, der sich anheißelt, wie ein Hochzeiter im Schloß, an das die letzten Kerzen heranzuziehen, wenn der Pfarrer geht, was die der andere.“

Die Lene lächelte zu ihrem Mann hin und sprach zusammen, denn wachte sie sich nach den beiden zu, sie einen langen Blick über die Entzogenen gähnen und jede die Köpfe bedauernd und schüttelnd. Als der Leopold kam, küßte sie sich an seinen Arm und sagte so laut, daß es die beiden als Antwort nehmen konnten:

„Aber mich das Schloß, es hat den Kocher, die nicht heranzogen.“

Der junge Ehemann ging und davon, ohne Abschied zu nehmen, sie zwei Häuser in die kleine große Halle. Die beiden leuchtenden Hochzeiter waren wiedergefahren. Der Kocher war weiß geblieben und ein harter Schloß hand neben dem Kocher lächelte. Die hochgeheiligten beiden glänzten, sie weiß und sein war das Brautzeuger, das die Brautzeuger der Kocher zum Kocher geschloß hatten. Mit einem leuchtenden Gesicht schloß sich das kleine Weib in den nächsten Augenblick an — und die

Leopold lächelte in alle Winkel, überall wickten ihm Erinnerungen entgegen. Es ist doch etwas wert, so ein altes liebes Weib zu haben, dachte er, setzte sich nieder, zog seine schöne bräutliche Frau auf den Schoß und sagte:

„Weißt, Lene, so sind wir geblieben, wie ich heimkommen bin.“

„Bis in den helllichten Tag hinein tanzten die Nachbarn und noch in den Schlummer des jungen Paares schlüpfen sich die schmeichelnden Töne des Walzers, den sie zuletzt miteinander getanzt hatten.“

Am Himmel stand die kleine Mondschloß. — Ein dieses Wort verfolgte die junge Frau bis in ihre Träume, schloß sie auf, und mit Grauen sah sie beim blauen Schein des Nachtlichtes, daß der Traum Wirklichkeit wurde. —

„Seit jenem schloßlichen Hochzeitsfeste waren nun wieder zwei Jahre um. Die Lene sah in der großen Stube auf dem Herdherd und musterte aufmerksam die kostbar gestickten Sommerkleider und Röcke, die draußen im Hof an der Wäscheleine hingen.“

Ein Kind lag in ihrem Arme, das fast so groß und so schön lächelte mit den Lippen. Die Lene strich sich die Schenkel glatt, zog die schmerzlichen Flecken tiefer ins Gesicht, betrachtete aufmerksam ihre prächtige Gond, schaute auf die atlastweisse Haut ihres Rufens, hob dann das Kind ein wenig und küßte ihr Weib bis an den Hals hinauf zu. Gleichmütig wie eine Maschine schloß sie den Kleinen hin und her und sang leise.

„Güß dich Gott, Lene, wie geht's mit dem Bubens jetzt?“

„No, es geht halt wie immer.“

„Du lieber kleiner Karl, Du!“ sagte die Sonne lachend und bezugte ihren schmalen Körper zum Fenster hinein, küßte das Kind und setzte sich von außen der Lene gegenüber auf das Fensterbrett.

„Kommt aus der Stadt?“

„Ja, ich war die Sandstube absteifen. Ich bin alleweil froh, wenn ich wieder daherkommen bin, die vielen Leute, die Wagen, der Lärm! Ganz dumm kann ich mir vor, wenn ich außer unserer Gasse bin.“

Die Lene nickte und schaute nachdenklich auf das dunkle Weib der Sonne. Es war auch ein so schloßliches Gesicht, zugetraut wie für eine Krone, ohne jeden Aufwand, und als die Augen des schönen Weibes höher hinaufstrahlten bis zu dem Kopf der andern, da lächelte sie beauernd.

„Wer wird sich die Haare so glatt hinter die Ohren schneiden, wie das Weib aussieht!“ dachte die Lene.

Die deutsche Sozialistische Partei fordert, dass die französische Finanz-Markante alle Gebel in Bewegung, um die Regierung an diesem vernünftigen Schritt zu verhindern. Dadurch arbeiten sie indirekt den deutschen Militärischen in die Hände. Die sozialistische Fraktion hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht über die Vorgänge in Marokko; da der Minister des Auswärtigen mit dem Präsidenten der Republik in Holland ist, wird sie nicht vor seiner Rückkunft zur Besprechung kommen. Die deutsche Regierung hat mit ihrer Aktion gewartet, bis der Reichstag „dahin“ war ...

Die der Londoner „Daily Mail“ aus Langer aus guter Quelle erzählt, befinden sich mehrere Deutsche in Susak, darunter von der Firma Mannesmann angelegte Minenunternehmen und andere, die nach Handelsgelegenheiten suchen. Die Eingeborenen verhalten sich sehr freundlich den Deutschen gegenüber, die ungeheure Vorräte an Lebensmittel mitbringen und dadurch dem Ausbruch einer Hungersnot vorbeugen. Die Deutschen liefern auch Saatgut zur Aussaat der Weizen.

Der französische Botschafter in Berlin Cambon, der Freitag Abend nach Berlin abgereist ist, hat von Paris einen Auftrag mitgenommen, sondern er wird ihn, wie es heißt, erst empfangen, wenn der Minister des Auswärtigen des Selbes aus Holland nach Paris zurückgekehrt sein wird, also frühestens Ende dieser Woche.

Im englischen Unterhaus erklärte Premierminister Asquith folgendes über die Marokkofrage: Die kürzlich eingetragenen Diskussion zwischen den in Marokko meist interessierten Mächten veranlaßt. Ich kann in diesem Stadium nur wenig über die Verhandlungen sagen, die zwischen ihnen stattfinden. Ich wünsche, daß ich klar verstanden werde, daß die britische Regierung der Ansicht ist, es sei in Marokko eine neue Situation entstanden, wo es möglich ist, daß die künftigen Entwicklungen die britischen Interessen berühren, als es bisher der Fall gewesen ist. Wir hegen das Vertrauen, daß die diplomatische Diskussion eine Lösung finden wird. In dem Anteil, den wir an ihr nehmen, werden wir gebührende Rücksicht nehmen auf den Schutz jener Interessen und auf die Erfüllung unserer Vertragspflichtungen gegenüber Frankreich, die dem Hause wohl bekannt sind.

Der Pariser „Temps“ bespricht die seit 1909 geführten Verhandlungen über verschiedene deutsch-französische Unternehmungen und Projekte in Marokko und den afrikanischen Kolonien. Ferner wird auf die Verhandlungen über den Bau der Kamerun-Kongobahn hingewiesen, die von Kamerun nach französischem-Kongo führen und womöglich nach dem belgischen Kongostaat verlängert werden sollte. Obgleich bereits die Gründung einer mit den Vorarbeiten zu betreuenden Gesellschaft geplant und eine Kilometergarantie seitens der französischen und der deutschen Regierung ins Auge gefaßt worden war, gerieten die Verhandlungen, die im April 1911 angeknüpft wurden, im Juni ins Stocken. Ebenso fand die über die deutsche Beteiligung an den marokkanischen Bahnbauten geführten Verhandlungen seit dem Rücktritt des Kabinetts Briand ins Stocken geraten. „Temps“ bemerkt weiter: Die Verhandlungen haben gezeigt, daß auf beiden Seiten der gleiche Wunsch nach einer Verständigung bestand. Leider haben innerpolitische Streitigkeiten Frankreichs die internationalen Angelegenheiten in bedauerlicher Weise beeinflusst. Wie dem aber auch sei, Frankreich und Deutschland könnten un schwer in Besprechungen eintreten, sie bräuchten zu diesem Zweck nur die seit langem begonnenen Verhandlungen mit größerem Eifer wieder aufzunehmen.

Der Braunschweigischen Landesgesetzgebung wird aus Langer über die Lage in Agadir folgendes gemeldet: Die Lage dort ist wenig beruhigend. (?) Agadir ist an sich nicht bedroht, jedoch berichten Soldaten von einer Zunahme der Gefahr unter den benachbarten Stämmen. Die Karawanenwege von Agadir nach dem Norden sind unpassierbar. Zwischen dem deutschen Kriegsschiff im Hafen von Agadir und der Gesandtschaft in Langer ist eine fähige Verbindung durch Funkapparat hergestellt worden.

Die Wiener Abendblätter brüden die Ansicht aus, daß sich durch den Widerstand Englands gegen eine deutsche Flottenstation an der afrikanischen Küste die diplomatische Lage sich wieder verschärfen habe. Trotzdem heißt die „Neue Freie Presse“ daran fest, daß die Marokkofrage sich nicht kritisch gestalten wird, da Frankreich und England nicht die Absicht hätten, Gegenmaßnahmen auszuführen, sondern zu unterhandeln. Am besten wäre es, so schreibt das genannte Blatt, wenn alle in Frage kommenden Mächte sich über die gemeinsamen Rückkehr zur Agadirfrage verständigen würden.

### Die sozialdemokratische Fraktion in Oesterreich

Die sozialdemokratischen Abgeordneten bildeten im früheren Reichsrat einen gemeinsamen Verband, innerhalb des Verbandes waren die Vertreter der verschiedenen Nationen in Klubs organisiert. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten werden Donnerstag über das Klubstatut beschließen. Es ist aber zweifelhaft geworden, ob auch jetzt wieder eine enge Zusammenfassung dieser nationalen Klubs in einen gemeinsamen Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, wie er bisher bestanden hat, zweckmäßig und durchführbar sein wird. Die Schwierigkeiten, die dabei in Betracht kommen, entspringen ausschließlich aus den bekannten Vorgängen in der tschechischen Partei, die, ausgehend von dem unglückseligen Gewerkschaftstreit, auf das politische Gebiet übergegriffen haben und schließlich auch höchst bedauerliche Ergebnisse bei der Wahlbewegung zur Folge hatten. Daß von alledem das Verhältnis der tschechischen zur deutschen Sozialdemokratie nicht unberührt bleiben konnte, ist klar. Ueberdies zeigen sich in den letzten Zeiten des verflochtenen Parlamentes einzelne Erscheinungen, die beweisen, daß der tschechische Klub über die jeder nationalen Gruppe statutarisch gewährleistete Autonomie in nationalen Dingen hinaus eine Bewegungsfreiheit beansprucht, die mit dem Rahmen des gemeinsamen Verbandes schwer vereinbar war. Unter diesen Umständen dürfte es wohl geboten erscheinen, nach einer anderen Methode zu suchen, die im neuen Parlament eine einheitliche Aktion der sozialdemokratischen Abgeordneten aller Nationen in allen Fragen des proletarischen Interesses auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet fördert. Sache der Klubvorstände wird es sein, diese wichtige Aufgabe zu lösen, was unferes Erachtens keineswegs allzu schwer sein wird.

### Bergers erste Rede im Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika.

Infolge der seltsamen Geschäftsordnung, die es von der Gnade der Leiter der großen Parteien abhängig macht, ob, wann und wie lange ein außerhalb stehender Redner sprechen kann, erhielt Genosse Berger erst am 14. Juni Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Seine Redezeit war auf eine Stunde bemessen und er mußte zu dem demokratischen Antrage auf Abschaffung der Bill sprechen. Trotzdem gelang es ihm, an die vorliegende Frage anknüpfend, knapp und bestimmt eine Reihe der wichtigsten Gedanken des Sozialismus darzulegen und die Sozialpsychologen der alten Parteien oder bürgerlichen Reformen zu kennzeichnen. Er lehnte scharf den Schutz der nationalen Arbeit durch Zölle ab und kennzeichnete ihn als Schutz der Kapitalisteninteressen. „Sie machen fortwährend Gesetze zum Schutze des Fabrik- und Bankwesens und des Handels, Gesetze für Fabrikanten, Bankiers und Kaufleute. Aber der Mann, der nur seine Arbeitskraft besitzt, erhält keinen Schutz. Wenn er beschützt werden will, muß er ein Verbrechen begehen. Dann

verleitet das Gesetz ein und legt ihm seinen Schutz angedeihen, den Schutz des Gefängnisses. So lange er gesund und anständig ist, wird er vom Gesetz nicht beschützt. Ebenso wenig wie den Schulzoll, den er kennzeichnet als Gewährleistung einer Prämie an Unternehmer bestimmter Art, ließ er den Freihandel als Allheilmittel gelten. Es sei unrichtig, die Erzeugnisse, die allerdings durch die Zollpolitik gefördert werde, ausschließlich auf diese zurückzuführen. Es sei im Wesen der kapitalistischen Entwicklung begründet und eine notwendige Vorstufe der Sozialisierung der Produktionsmittel. Auch die gepriesenen Allheilmittel der Freizulassung und des „Einzelschwer-Systems“ der Bodenreformer beleuchtete er. In Vancouver, British-Columbia, sei die Forderung der Grundsteuer als der einzigen Steuer verurteilt, aber der große Streit dort beweise, wie wenig dadurch die Not beseitigt sei. Wir werden weder soziale Freiheit noch völlige Gerechtigkeit haben, bis alle Mietarbeit beseitigt ist und alle Menschen zu gleich Arbeiter und Arbeitgeber geworden sind. Das aber ist nur möglich durch den Gemeinbesitz und die demokratische Leitung der Produktions- und Verteilungsmittel.“

Das Repräsentantenhaus war so höflich, den geschworenen Feld seiner wirtschaftlichen Grundzüge bei seiner Jungfernerede freundlich zu begrüßen. „Washington Star“ schreibt darüber: „Fast jedes in der Stadt anwesende Mitglied war erschienen. Als Berger sich erhob, erscholl starker und anhaltender Beifall. Viele Mitglieder waren zweifellos nur aus Neugierde da, um zu hören, wie im Kongress zum ersten Mal ein Mann, besetzt von hohen Idealen, den Niedergang der Gesellschaft schildern werde. Mr. Berger wurde mehrmals von Mitgliedern unterbrochen, die auf ihre Kenntnisse in der politischen Ökonomie sehr stolz sind. Der dadurch herbeigeführte Meinungsaustrausch war sehr interessant. Berger kam jedesmal sehr gut davon.“

### Die angeblichen Monarchisten in Portugal. Die portugiesische Gesandtschaft in Berlin erhielt von dem vortürkischen Minister des Auswärtigen folgende Depesche: Die Nachricht von einer Wiedereinnahme der Provinz entbehrt jeder Begründung. Die militärische Disziplin ist vollkommen. Die zu den Fahnen überufenen Reservisten sind voller Begeisterung. Im ganzen Lande herrscht völlige Ruhe.

Mehreren Pariser Blättern wird im Zusammenhang mit den Meldungen über die demontierten Straßenunruhen in Lissabon aus London gemeldet, die portugiesische Regierung erhielt die Nachricht, daß die Monarchistenführer aus Brasilien 2 1/2 Millionen Francs zur Unterstützung der Sache der Königs- tronen erhalten haben. Der Telegraphenverkehr wird auf das Strengste überwacht.

### Ein strafrechtliche Untersuchung gegen die Führer der französischen Winger. Gegen den Vorsitzenden der Wingerversammlung in Bordeaux und gegen zwei Mitglieder des Wingerausschusses, die für Steuererleichterung und für die Demission der Bürgermeister des Departements Gironde eingetreten sind, ist eine strafrechtliche Untersuchung wegen Aufreizung zum Ungehorsam gegen das Gesetz eingeleitet worden. Die 50 Bürgermeister, die ein gemeinsames Rücktrittsschreiben unterzeichnet hatten, sind ihres Amtes enthoben worden.

### Montenegro mobilisiert nicht. Aus Cetinje wird dem Wiener Korresp.-Büro offiziell gemeldet: Nachdem hier Zusicherungen eingetroffen sind, daß der Zeitpunkt für die Rückkehr der Albanesen für den Fall, daß die gegenwärtig mit den Führern geführten Verhandlungen noch nicht zu einem günstigen Ergebnisse geführt hätten, hinausgeschoben werden würde, wurde heute der Beschluß gefaßt, die projektirte Mobilisierung vorläufig aufzuschieben. Für den Augenblick werden nur diejenigen Vorbereitungen getroffen, welche für die Mobilisierung notwendig sind, die Montenegro durch den Umstand auferlegt wird, daß die Türkei fortgesetzt Truppen an der montenegrinischen Grenze anhäuft.

Im türkischen Ministerium des Auswärtigen ist, wie versichert wird, die Nachricht von der Mobilisierung der Division von Podgoritza kühl aufgenommen worden. Der Kriegsminister erklärte, die Mobilisierung von 12 000 Mann bedeute für die Türkei nichts. Falls sie verwirklicht würde, würde die Türkei entsprechende Maßregeln treffen. Sollte Montenegro die Türkei angreifen, würde die die den Angriff erwidern müssen.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete. Ein Monopol zur Ausbeutung jugendlicher Proletarier

fordern bekanntlich schon seit längerer Zeit die Agrarier unter Führung des Bundes der Landwirte. Den Herrschaften genügt es noch nicht, daß ihnen die schulpflichtigen Arbeiterkinder ohne jede Einschränkung zur Ausbeutung ausgeliefert sind, sie wünschen, daß es auch den schulpflichtigen Jugendlichen unmöglich gemacht wird, sich den schlimmsten Formen dieser Ausbeutung durch Annahme von Beschäftigung in industriellen Betrieben zu entziehen. Diefers Verlangen haben dieser Tage wieder die Agrarier des Kreises Münsterberg in einer Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte Ausdruck gegeben. Sie beschließen eine Resolution, die die Leitung des Bundes der Landwirte ersucht, „an geeigneter Stelle dahin vorstellig zu werden, daß dem Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 17 Jahren in Fabriken pp. näher getreten wird, damit der drückendsten Arbeiternot in Kleingrundbesitz abgeholfen wird, um so mehr, als diese Forderung auch im Interesse der Erhaltung unserer deutschen Volkskraft liegt.“

Auf die Unrichtigkeit des letzten Satzes braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, denn es ist allgemein bekannt, daß die Militärausbeutung in den letzten Jahren auf dem Lande viel stärker abgenommen hat, als in der Stadt. Der Beschluß ist aber eine neue Mahnung an die Arbeiterschaft, auf der Hut zu sein, damit der Arbeiterschaft nicht zugunsten eines raffgierigen agrarischen Ausbeuteriums noch neue Fesseln angelegt werden.

Schweidnitz, 7. Juli. Ein alter Sünder stand in der Person des 71 Jahre alten Altersrentenempfängers Karl R. aus Reichenbach auf der Anklagebank. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis. Der Urteilsbegründung war zu entnehmen, daß sich R. zu Weibhagen v. J. fortgesetzt an einem 10 jährigen Mädchen fittlich vergangen hatte.

Conradswaldau, 7. Juli. Selbstmord. Am Mittwoch früh schnitt sich der Rentenempfänger Lindner mit dem Brotmesser den Hals durch. Die Tat übte er aus, während seine Tochter Einkäufe besorgte. Der Grund war längere Krankheit an Wasserjucht.

Schneidemühl, 7. Juli. Vom Typus. In den letzten Tagen ist kein neuer Erkrankungsfall an Typhus zur Anzeige gekommen; auch Todesfälle sind nicht eingetreten. Aus dem Krankenhaus 3 (Allerheiligen) konnten wiederum 6 Patienten entlassen werden, weil Typhusverdacht nicht vorlag. Elektrische Triebwagen sollen vom 1. Oktober dieses Jahres ab auf der Strecke Schneidemühl-Dt. Krone verkehren. Unkündig hat bereits eine Probefahrt stattgefunden. Im ganzen werden der Station Schneidemühl zum 1. Oktober fünf elektrische Triebwagen überwiesen, um dem Personenverkehr mit Kolmar, Dt. Krone und Neuhagen zu dienen.

### Aus Oberschlesien.

#### Öffentliche Volksversammlungen

- finden am Sonntag, den 9. Juli, in
- Abnighütte, nachmittags 6 Uhr, im Gewerkschaftslokale, Ringstraße 3;
- Sabrze, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftslokale, Gartenstraße 27;
- Sabroze, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Freund, Brodstraße, statt.

Die Tagesordnung lautet in allen Versammlungen: 1. Der Raub der Volkrechte im preussischen Dreiklassenparlament. 2. Freie Aussprache. Es werden referieren die Genossen: O. Ottmanns, L. P. demski, Fr. Gialdng-a-Weihen D/S., P. Hauke und J. Binickiewicz-Kattowitz. Parteigenossen, agitiert für guten Besuch dieser Versammlungen!

Beuthen O/S., 7. Juli. Kommunales. Viele Gemeinden im ober-schlesischen Industriegebiet haben unter dem Feudalrecht der Gutsbezirke arg zu leiden. Die ober-schlesischen Grundbesitzer haben die Vorteile dieser Gutsbezirke längst erkannt und ihr Bestreben ist, die Industrie auf Gutsbezirke zu konzentrieren, wenn nicht durch Kauf überhaupt an sich zu reichen. Der Kreis Beuthen hat 13 Gutsbezirke bei 19 Gemeinden, der Kreis Kattowitz 19 Gutsbezirke bei 24 Gemeinden und im Kreise Sabroze gibt es 9 Gutsbezirke bei 21 Gemeinden. Durch die geübte Praxis, die Betriebsanlagen in die Gutsbezirke zu verlegen, geht den benachbarten Gemeinden das Anrecht an die Steuern verloren, dagegen erwachsen den Gemeinden aus der mit der Industrieentwicklung verbundenen Bevölkerungszunahme enorme Mehrausgaben, die durch immer weitere Erhöhung der Kommunalabgaben gedeckt werden müssen. So erheben einzelne Gemeinden in Oberschlesien, die das Glück haben Gutsbezirke zu besitzen, sogar vierfache Zuschläge zur Einkommensteuer. Obwohl der § 53 des Kommunalabgabengesetzes Betriebsgemeinden zu Zuschüssen für die von ihnen verursachten Mehrausgaben für Schulen, Armenpflege und politische Zwecke verpflichtet, genießen die Gutsbezirke auch hier eine Bevorzugung, denn eine solche Zuschußforderung kann nur die Hälfte der Kreissteuer betragen. Die Gemeinde Michowitz, die auch das Glück hat, sich einen Industriebezirk zu besitzen, erhebt einen Steuerzuschlag von 400 Prozent, obwohl neun Fünftel der Schullasten durch den Gutsbezirk verursacht sind. Für eine Gemeinde aber, die unter solchen Verhältnissen zu leiden hat, wird ein Projektieren um derartige beschränkte Sätze nach Maßgabe des Kommunalabgabengesetzes gegenstandslos, wenn man in Betracht zieht, daß Michowitz 10 000 Einwohner zählt. Berücksichtigt man noch, daß in der Gemeindevertretung die Industriellen zum größten Teil die Mehrheit haben, so ist einer solchen Gutsbezirkeit nur schwer beizukommen. Die Kostenträger einer solchen Gemeinde bleiben die Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden. Daß einzelne Gemeinden sich gegen solchen Ballast wehren, versteht sich von selbst. Innerhalb der Gemeinde Koberg befindet sich ebenfalls ein solcher Gutsbezirk, der im vorigen Jahre von der Wittengelschaft dieses Erben aufgekauft wurde. Da der Gutsbezirk nur 400 Einwohner zählt, ist es ausgeschlossen, daß er den Anstößen und kommunalen Anforderungen nachkommen kann. Unter solchen Verhältnissen war die Gemeinde Koberg gezwungen, verschiedene Verträge abzuschließen, um nur einigermaßen geordnete Verhältnisse zu schaffen. Es besteht ein Standesamtsverband, Schulverband, Polizeiverband u. a. m., wovon der Gemeinde Koberg hohe Unterhaltungskosten erwachsen. So trägt der Gutsbezirk nur 1 Prozent, dagegen Koberg 99 Prozent der Vertragslasten. Der Gemeindevorsteher, Herr Dr. Küster, hat bereits darauf hingewiesen, daß unter diesen Verhältnissen die Gemeinde Koberg es unmöglich sei, den Gutsbezirk weiter bestehen zu lassen. Er forderte die Eingemeindung des Gutsbezirks, damit ein Kommunalbeamter dort seinen Wohnsitz nehmen und die Verwaltung leite. Zu dem Schritt sieht sich Koberg umsonst gebrängt, als nach Erwerb des Gutsbezirks durch dieses Erben die Gesellschaft ihre gutherrlichen Rechte in der herausforderten Weise geltend macht. Die Gesellschaft ist schon dabei, die am Gemeindegeld führende Strafe auf den Gutsbezirk einzutragen zu lassen. Wenn die gemachten Ansprüche wahr gemacht würden, so bliebe der Gemeinde Koberg von ihren Straßen weder Stumpf noch Stiel. Da aber auch im Koberger Gemeindeparlament die Gesellschaft eine nennenswerte Vertretung hat, ist die Eingemeindungsfrage vorläufig verlagert worden. Aber selbst wenn auch ein solcher Vertrag zustande käme, dann würde dieser der Gesellschaft auf Kosten der Steuerzahler die weitgehenden Vorteile bringen. Die Industriemagnaten haben von unseren ostpreussischen Agrariern gelernt, wie man sich, dank der Gesetzgebung des preussischen Dreiklassenparlamentes, auf Kosten der Steuerzahler bereichern kann. Dieser Vorteil ist nicht abzugeben, wenn die Arbeiter anstatt Bergarbeiter in den Kassen der Gemeindegemeinden in den Gemeindepalast entlassen würden. Leider besteht in Oberschlesien noch der Zustand, daß die Industriemagnaten in der ersten Abteilung, als adäquater Steuerzahler, ihre Beamten wählen und sich selbst in der dritten Abteilung unter Waffenhilfe wählen lassen. Die so geschaffene Mehrheit überläßt natürlich das Steuerwesen den Arbeitern und dem Mittelstande, wozu das ober-schlesische Zentrum als „Vorkapital“ immer den Segen gibt. Mit der Religion lassen sich eben, wenn man Geld hat, ganz gute Geschäfte machen.

Reusdorf O/S., 7. Juli. Das Opfer der Unvorsichtigkeit wurde ein vom Jahrmehrfache aus Neuwalde heimkehrender Kriegervereiner. Er überstreckte auf der falschen Seite die Gleise und wurde von einer herankommenden Rangiermaschine überfahren. Die Personalien des Verunglückten konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden, da er keinerlei Ausweise bei sich führte. Die mittendurch geteilte Leiche wurde noch in der ersten Stunde abends nach der Leichenhalle des neuen Krankenhauses gebracht.

Beuthen O/S., 7. Juli. Die Frau zum Fenster hinausgeworfen. Wegen vorläufiger Körperverletzung in zwei Fällen und zwar in einem Falle wegen Gefährdung des Lebens, hatte sich der 45 Jahre alte Säuer Emanuel Sibera in Siemianowitz zu verantworten. Der Angeklagte ist schon 16mal wegen Rohheitsdelikten verurteilt. Seine Frau und seine Kinder haben unter der Brutalität des dem Trunks ergebener Mannes viel zu leiden. Am 1. April d. J. hatte er die Frau in die Nacht hinein getrunken und dann zu Hause Streit angefangen. Als er am Morgen die Küche betrat, wo Frau und Kinder geschlafen hatten, schlug er ohne jede Veranlassung mit seinem Leibriemen unbarmherzig auf die beiden Kinder ein. Die Frau rief zum Fenster auf und rief um Hilfe. Jetzt wechelte sich der Angeklagte gegen seine Frau und warf sie durch das Fenster aus dem ersten Stockwerk auf die Straße. Die ganze Verhandlung hat ein Bild des größten Jammers. Die Frau konnte sich, nur gestützt von anderen, fortbewegen. Sie mußte auf einem Stuhle sitzend vernommen werden. Die rohen Mißhandlungen seitens ihres Mannes haben das verurteilt. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Wilschowitz, 7. Juli. Des Rädels Sucholowski, der nach einer aufregenden Verfolgung über den Ocean von dem Berliner Kriminalbeamten Ruppert im Hafen von New York verhaftet wurde, ist gestern in Bremen angekommen. Er wurde von Ruppert über Berlin nach Beuthen transportiert, wo er heute eintrifft.

Wilschowitz, 7. Juli. Des Rädels Sucholowski, der nach einer aufregenden Verfolgung über den Ocean von dem Berliner Kriminalbeamten Ruppert im Hafen von New York verhaftet wurde, ist gestern in Bremen angekommen. Er wurde von Ruppert über Berlin nach Beuthen transportiert, wo er heute eintrifft.

# Grosser Saison- und Massen-Räumungs-Verkauf

Reuschestr. 15  
Ecke Reussenohle  
part., I., II., III., IV. Et.

## Taucher

Schuhgesellschaft m. b. H.

Reuschestr. 15  
Ecke Reussenohle  
part., I., II., III., IV. Et.

Wir geben hier nur einige Beispiele unserer enormen Auswahl und grossen Leistungsfähigkeit. In unserem Geschäftshause sind noch verschiedene andere Posten auf Extratischen zum Ausschauen ausgelegt.

### Herren-Abteilung

- Braune Chevreaux-Schnürstiefel mit und ohne Lack, moderne Formen, früher bis 11.75, jetzt **9.45**
- Braune Schnürstiefel amerikanische Passon, mit Lackkappe, früher 8.50, jetzt **6.95**
- Braune Boxcalf-Schnürstiefel amerikanische Passon, hübsche Ausstattung, früher 16.50, jetzt **13.35**
- Origin. Goodyear-Well-, Schnür-, Zug- und Schnallenstiefel Chevreaux und Boxcalf, früherer Preis bis 18.50, jetzt **12.90**
- Ein Posten Lackstiefel u. Halbschuhe hochmoderne Neuheiten, früherer Preis bis 16.50, jetzt **11.85**
- Boxcalf- u. Chevreaux-Zug-, Schnallen- u. Schnürstiefel, früherer Preis bis 11.50, jetzt **9.45**
- Boxleder- und Ross-Chevreaux-Zug- und Schnürstiefel, früher bis 8.50, jetzt **6.75**
- Wiedleder-Zug-, Schnür- und Schnallenstiefel, jetzt **4.35**
- Original-Goodyear-Well-Damen- und Herren-Stiefel braun und schwarz, Chevreaux- und Boxcalf, mit und ohne Lack und Derby, früherer Preis bis 14.50, jetzt **10.65**

### Auf alle Artikel Preisermässigung.

### Damen-Abteilung

- Schwarze imit. Chevreaux-Schnürstiefel mit und ohne Lack, früher 5.90 Mk., jetzt **4.95**
- Braune Schnürstiefel hübsche, schlanke Form, gute haltbare Qualität, früher 8.75 Mk., jetzt **6.45**
- Schwarze Box-Calf- und Chevreaux-Schnürstiefel mit und ohne Lack, mit und ohne Derby, hochmod. Ausführung, früherer Preis bis 10.50 Mk., jetzt **7.65**
- Braune Schnürstiefel moderne amerik. Form, mit und ohne Lack, mit und ohne Derby, früherer Preis bis 9.75 Mk., jetzt **7.85**
- Braune Chevreaux-Schnürstiefel schlanke u. amerikanische Passon, mit und ohne Vestingstoff-Einsatz, früh. Preis bis 10.50 Mk., jetzt **8.85**
- Hochfeine exquisite Schnürstiefel prima Goodyear-Well und auch gewendete Ausführung, mit und ohne Stoffeinsatz, mit und ohne Lack und Derby, hohelegante Formen, in grau, braun u. schwarz Chevreaux, auch mit Lackbesatz, früh. Preis bis 18.00 Mk., jetzt **13.85**
- Hochlegante Saison-Perleiten Wiener Mode, Wildled.-Einsatzstiefel mit Lackbesatz und hohem Schaft und schicken Louis XV.-Absätzen, luxuriöse Grosse-Genre, früh. Preis 24.50 Mk., jetzt **17.65**
- Pumps-Molière- u. Schnürhalbschuhe in grau, braun und schwarz, Chevreaux, auch Lackled., früherer Preis bis 15.50, jetzt **10.90**
- Wildleder-Halbschuhe mit eleganten Schnallen, in grau, lila und mode, früher 9.75 Mk., jetzt **7.90**
- Braune und Chevreaux- u. Chrom-Chevreaux-Molière-Halbschuhe hohelegante Ausführung, früherer Preis bis 12.50 Mk., jetzt **8.90**
- Chevreaux-Lackleder-Molière-Halbschuhe schwarz, früherer Preis bis 10.50 Mk., jetzt **7.90**
- Braune u. Chevreaux- u. Lackleder-schwarze Schnürhalbschuhe früherer Preis bis 14.50 Mk., jetzt **10.90**
- Braune u. schwarze Schnürhalbschuhe früherer Preis bis 7.75 Mk., jetzt **5.85**
- Rips-Schnürschuhe und Pumps sehr elegant, Saison-Schluss-Preis **3.65**

Wir bieten dem verehrlichen Publikum durch diese Kaufgelegenheit ganz besonders grosse Vorteile. Die zum Verkauf gelangenden Waren sind trotz der billigen Preise nur wirklich moderne und gute Qualitäten.

### Kinder-Abteilung

- Braune Ziegenleder-Schnürstiefel jetzt 31-35 4.90, 27-30 **4.50**
- Braune Chevreaux-Schnürstiefel jetzt 31-35 6.25, 27-30 **5.50**
- Boxleder-Schnürstiefel Natura-Form jetzt 31-35 4.90, 27-30 **4.25**
- Lackleder-Schnürstiefel Vestingstoff-Einsatz jetzt 31-35 6.90, 27-30 **5.90**

Sandalen - Turnschuhe  
Segeltuch-Schuhe  
Tennis- u. Strand-Schuhe  
weit unter Preis.

Auf alle nicht reduzierten Artikel  
**10% Rabatt.**

Grosser Posten  
Orig. Goodyear-Well-Stiefel speziell für kleine Füße  
echt Chevreaux, Grösse 36-40  
regulärer Preis bis 12.50 jetzt **7.85** Mk.

**Caucher's Ortopädische Stiefel**  
System Dr. med. Ludwig Maier.  
Für Damen, Herren u. Kinder.

**Caucher's Zukunft-Stiefel**  
Für Fussleidende!  
mit biegsamer, gepolsterter Sohle.

Neu eingeführt!  
**Original Amerikaner**  
Halbschuhe, Stiefel für Damen u. Herren.

Des grossen Andranges wegen, welchen wir gelegentlich unserer Ausnahme-Verkäufe stets haben, bitten wir höflichst, möglichst auch die Vormittagsstunden zu Einkäufen zu benützen, damit uns auch diesmal eine sorgfältige Bedienung ermöglicht wird.

**Günther & Otto**  
Rohtabakhandlung  
Breslau, Reuschestrasse 51  
(Nepoldpassage.)

**Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohrringe etc.**  
zu ganz billigen zu billigsten Preisen.  
Sittig auf alte Firma  
**MAX Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmsstr. 39**  
zu sehen.  
Filialen unterhalte ich nicht.

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute erhalten die beste  
**Arbeiter-Konfektion**  
zu billigen Preisen.  
Dittmar Hamburger, Friedrich-Wilhelmsstr. 88.

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein grosses Lager von  
**Schuhwaren**  
Herren-, Damen- und Kinderstiefeln zu äusserst billigen Preisen.  
**Martha Christmann, Geschäftsführerin**  
Auguste Koch,  
36 Schützenstrasse 36  
Bitte auch auf meine Firma zu achten.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler kaufen Sie reell und billig bei  
**Paul Hauschild jr.,**  
Eisenwarenhandlung,  
Nr. 102, Friedrich-Wilhelmsstrasse Nr. 102.

**Friseurgeschäft**  
Franz Kolombo, Friseur, Rev. Zastrowstrasse Nr. 78.

**Ruba-Seife**  
Beste Hausseife, überall zu haben.  
Überall erhältlich.  
Fabrikant Rudolph Balkorn, Breslau.

Franz Niewitecki's Etablissement, Opperau.  
Sonntag, den 9. Juli 1911  
**Grosses Sommerfest**  
veranstaltet vom  
**Arb.-Radfahr-Verein „Frisch Auf“**  
Im Garten: Grosse Belustigung für Jung und Alt.  
Gesangs-Vorträge vom Arb.-M.-Gesang-Verein Gräbchen, Dir. Scholz.  
Musikalische Unterhaltung, ausgef. v. Mundharmonika-Kl. „Fidello“.  
Um 7 Uhr: Verlosung wertvoller Gegenstände.  
Hauptgewinn: Eine lebende Gans.  
Bei Eintritt der Dunkelheit: Grosse Kinder-Packelzug unter Leitung des Clowns Naska.  
Entree im Garten 10 Pfg., Tanzschloffe 50 Pfg.  
Anfang 4 Uhr.

**Sommer-Schlussverkauf!**  
Herrenhüte - Mützen  
**50% Panamahüte 50%**  
Preisermässigung auf alle Waren  
**Herren-Hut-Fabrik**  
Niederl.  
Schmiedebrücke 17/18,  
Ecke Kupferwerkstrasse.  
Filiale: Adalbertstrasse 6.

Zu festen Stunden, Best 10 Pfg.  
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Donnerstag, den 8. Juli 1911.

## Arbeiterbewegung.

### Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Immer eigenartiger wird die Situation, doch nicht ungünstiger für die Arbeiter. Am Lager der Unternehmer herrscht ein Subbelmüdel, wie er nicht größer sein kann. Selbst bisherige Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberverbandes wenden sich jetzt an den Holzarbeiterverband und erbitten sich, Einzelverträge abzuschließen. Täglich kommen Tischlermeister auf das Bureau des Schuhverbandes und verlangen, daß nun endlich dem Trauerspiel ein Ende gemacht werden möge. Die Vertreter der Arbeitgeberorganisation haben jedoch jedes Augenmaß für die tatsächlichen Verhältnisse verloren und glauben immer noch, die verplüßte Situation zu retten.

Die Arbeitsmittelfrage geht jetzt unter einer neuen Firma. Es erscheint folgendes Inserat:

Nach Abschluß des Lohnvertrages mit den Arbeitgebern der Holzindustrie können durch unseren Nachweis Tischler auf Bau und Möbel, sowie Parkettleger eingestellt werden, zu den neuen Tariflöhnen. Tischler, die dem Deutschen Holzarbeiterverband nicht angehören, wollen sich schriftlich melden. Verband der Holzarbeiter von Hamburg und Umgegend von 1911. (Mitgliederbestand zirka 700 Personen.)

Wenn die Arbeiter, wie bisher ihr Augenmerk auf diese Art der Arbeitsmittelfrage richteten, so wird auch dieser neueste Versuch von Unternehmern sicher bezweifelhaft verunglücken.

Woll der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Interessen seiner Mitglieder so miserabel verteidigt, haben eine Anzahl Unternehmer sich zusammengeschlossen, um mit dem Holzarbeiterverband zu verhandeln. Zum Donnerstag ist eine Versammlung der Tischlermeister einberufen, in der die weiteren Schritte beraten werden sollen.

Inzwischen sind von zwei Seiten Verhandlungen angedeutet worden, und zwar vom Syndikat der Detailhändler, Dr. Grünow und vom Vorstände der Arbeitsnachweise der „patriotischen Gesellschaft“, Landrichter Dr. Neumann. Ob dabei irgend etwas herauskommt, muß abgewartet werden. Jedenfalls haben die Arbeiter bei dem gegenwärtigen günstigen Stand der Bewegung keine Ursache nachzugeben. Dringend bitten jedoch die Hamburger Holzarbeiter, auch ferner strengstens auf Fernhaltung des Zuspruchs zu achten.

**Arbeiterzellenfänger** werden gegen hohe Akquisitionsgeldern und eventuell mit bezahlte feste Anstellung gesucht. Bei unseren lieben christlichen Generalschaftsbrüdern ist alles möglich! Dort, wo bis jetzt noch schwarze Trümpfe waren, zeigen sich überall die Arbeiter und sind schwarzweiße auf dem Wege zur wirklichen Erlösung ihrer Lage. Und dies muß vermieden werden, um jeden Preis, um jedes Geld! Der christliche Metallarbeiterverband hat sich dabei nicht anders zu verhalten gewußt, als daß er gleich einer Versicherungsgesellschaft Agenten unter die Menge der Unschlüssigen schickt. Die zahllose Masse des oben genannten Verbandes laudete an ihre Kollegen und Kolleginnen folgenden interessanten Brief als Kundensreiben:

Christlicher Metallarbeiterverband.

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Das Jahr 1910 war für unseren Verband ein Jahr des Fortschritts. Ebenso das erste Quartal dieses Jahres. In diesem Aufschwung hatte auch die Ortsverwaltung Nachen regen Anteil genommen. Manche Kollegen haben aber im Laufe der Zeit nicht rege mitgearbeitet, sonst müßte der Erfolg der Mitgliederzunahme noch besser sein. Der Vorstand der Ortsverwaltung wünscht nun, daß bis zum Schluß des zweiten Quartals jedes Mitglied mindestens einen Kollegen oder eine Kollegin für unseren Verband gewinnt.

Alle Kollegen und Kolleginnen, welche dem Wunsch des Vorstandes in diesem Sinne nachkommen, erhalten eine entsprechende Prämie, welche den einzelnen Kollegen und Kolleginnen von den Vorständen der Sektionen ausgereicht wird.

Leider stellt das Kundensreiben nicht gleich mit, wieviel bezahlte christliche Mitglieder für die Zuführung eines neuzugewonnenen Kollegen resp. einer solchen Kollegin erhalten soll. Ob man Furcht hat, daß die christlichen Mitglieder bei der geringfügigen Prämie, wenn sie deren „Wert“ vorher erkennen, nicht agileren,

oder hat man Angst, daß die Leute in eine unchristliche Prämienbewegung eintreten könnten — kurz und gut, die Organisation von Arbeitern mittels Agenten, welche eine Akquisitionsgeld erhalten, ist auf jeden Fall neu.

**Unternehmer-Terrorismus.** Die gegenwärtig in Görtitz tagende Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes deutscher Glasfabriken beschloß bezüglich der Streikenden in Raulicha, sämtlichen organisierten Glasarbeitern des Sächsisch-Schlesisch-Lausitzer Bezirkes zu kündigen, falls bis zum 15. Juli keine Einigung erzielt worden ist. In Betracht kommen etwa 10000 Personen. — Wo sind die bürgerlichen Blätter, die nach dem Staatsanwalt rufen? Wenn es nur Arbeiter wären!

**Zur Lohnbewegung im Magdeburg-Gelbfleider Brauntuchgewerbe.** Die „Braunschweiger Landeszeitung“ fühlte sich berufen, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die streikenden Vergarbeiter anfangen, unruhig zu werden, und daß es schon beim Schichtwechsel zwischen den Sicherheitsbeamten und den Streikenden zu Tätlichkeiten gekommen sei. Daß Verletzungen noch nicht vorgekommen seien, wäre nur der besonderen Ruhe der Polizeibehörde zu danken. Die Kreisverwaltung habe sich deshalb veranlaßt gesehen, verständig, den Verleiher regeln Bestimmungen auch für die Zugangswege nach den Schächten der Braunschweiger Kohlenwerke zu erlassen, wie das für die Grube „Emma“ bereits seit geraumer Zeit geschah.

Die Streikenden geben keinerlei Veranlassung zu irgend einem Einschreiten, dagegen lassen die Polizeibeamten die Ruhe vermissen, die ihnen der Artikel-schreiber ausdrücklich versichert. Der Vorgang, der zu der verschärften Ordnung Veranlassung gab, war harmlosster Natur. Weil ein von einem Kinde nach einem Kirchbaum genommener Stein in die Nähe eines Polizisten rollte, ariff der Beamte eine hinter ihm gehende Frau anlässlich am Arm. Der Ehemann vertrat sich eine solche Handlungsmethode und bei dieser Auseinandersetzung bildete sich ein kleiner Menschenauflauf, der für die Polizisten die Veranlassung war, die Säbel aus der Scheide zu ziehen. Nur dadurch, daß die Streikenden die größte Ruhe bei diesem Aufruhr bewahrten, wurde Schlimmeres abgewendet. Einige Vergarbeiter, die zusammenkamen, um eine Prämie zu nehmen, wurden von den Gendarmen, weil sie nicht schnell genug auseinandergeraten, mit Prüfen auseinandergejagt. Die Streikenden werden sich durch alle diese Ungerechtigkeiten nicht provozieren lassen, sie führen ihren Kampf in Ruhe und Sachlichkeit fort.

**Die Holzarbeiter von Wintertur** sind seit 7 Wochen ausgereperrt, weil sie von den Meistern die strikte Einhaltung des erst kürzlich abgeschlossenen Arbeitsvertrages verlangen und den die Meister auf Weisung von einigen Großindustriellen wieder gebrochen haben. Da die Unternehmer und ihre Agenten bis jetzt im Innern keine Arbeitswilligen aufzutreiben konnten, haben sie sich ins Ausland begeben, um dort solche zu finden. Unter Vorwiegung von falschen Tatsachen suchen sie jetzt in Deutschland und Oesterreich Arbeitswillige anzuwerben. Kollegen, haltet überfall ein wachames Auge auf die Streikbrecheragenten. Sachbezügliche Mitteilungen sind an das Aussperungs-Komitee (Wohnhaus „Sur Helvetia“, Wintertur, Telephon Nr. 609) zu richten.

Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

**Vom Seemannsstreik.** Nach Meldungen bürgerlicher Blätter soll der Streik der Seeleute in England beendet sein. Das ist nicht richtig. Die Seeleute streiken noch nach Mitteilung der Londoner Verbandeszentrale in Leith, Belfast, Dublin, London, Derry, Dundee und Glasgow. In London wird nur noch bei der Atlantic-Transport-Company der Streik fortgesetzt. Der Streik in Manchester wird in kürzester Zeit ausfallen der Ausständigen beigelegt sein. Jeder Zugang nach den englischen Häfen ist bis auf weiteres noch streng untersagt, eine Ammustersung auf englischen Schiffen in deutschen Häfen ist nur für eine Gener von 90 Mk. (4 von 10) gestattet, kein deutscher Seemann darf unter diesem Generlag ammustern. In London, Cardiff, Swansea, Liverpool, in Southampton, in New-Port, Sunderland, Middlesbrough, Liverpool, Barro, Shields und einigen anderen kleineren Häfen ist der Kampf mit Erfolg beendet worden. Die Abschaffung der Arbeitskarten (Tickets) und der förmlichen Untersuchung durch Verste der Shipping-Federation wurde durchgesetzt und damit die Anerkennung der Dramatisation erwirkt. Die Shipping-Federation hat den größten Teil ihres Einflusses bei den englischen Reedern vorläufig eingebüßt.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Juli.

### Geschichtskalender.

8. Juli.

- 1622 Der englische Dichter Shelley im Meerbusen von Spezia ertrunken.
- 1838 Graf Zeppelin in Konstanz.

### Au alle Bürger und Arbeiter mit freihetlichem Sinn!

So betitelt sich ein Flugblatt, das am Donnerstag in Breslau in 80.000 Exemplaren verbreitet wurde. Es geißelt die politischen Zustände in unserem Vaterlande und fordert zum Schluß auf, Leser der „Volkswacht“ zu werden. Mit Recht jagt das Flugblatt: Nur ein sozialdemokratisches Blatt kämpft heute den entschiedensten Kampf gegen den Lebensmittelpreisanstieg, gegen das geschränkte militärische Ungeheuer, gegen soziale Unterdrückung, gegen indirekte Steuern, gegen bürokratische Korruption, gegen den Kapitalismus, für Menschenrechte!

Dieses Flugblatt ist die Vorarbeit zu einer „Volkswacht“-Agitation, die Sonntag, den 9. Juli, vor morgens 7 1/2 Uhr an, in Breslau veranstaltet wird. Hierbei mitzuhelfen, ist die Ehrenpflicht eines jeden Genossen und einer jeden Genossin. Das Material wird in den folgenden Distriktslokale ausgegeben:

- Distrikt 1 (Wahlf.) Kronprinzenstraße 50.
- 2 (Zanabrunnen) Auguststraße 19.
- 3 (Wahlf.) Vorst., (Wahlf.) Leivadstr. 12.
- 3a (nördl.) Siebenhüfenerstr. 19.
- 4 (Wahlf.) Striegauerplatz 11.
- 6 (nördl.) Andriestrasse 10.
- 7 (nördl.) Leuthenstraße 82.
- 8 (Oderstr., westl.) Wehlstraße 62/64.
- 8a (nördl.) Bellafelstraße 6.
- 9 (Wahlf.) Michaelisstraße 3.
- 9a (nördl.) Enderstraße 6.
- 10 (Zandtor) Blücherstraße 15.
- 11 (nördl.) Michaelisstraße 26.
- 12 (Scheidn. Vorst.) Driehstraße 68.
- 13 (nördl.) Driehstraße 68.
- 14 (Oderstr. Tor) Königgräberstraße 10.
- 15 (nördl.) Margaretenstraße 17.
- 15a (nördl.) Alte Leichenstraße 16.
- 16 (Strehleiner Tor) Dubenstraße 80.
- 16a (Vohrauer Tor) Vohrauerstraße 70.
- 17 (Schweidniger Tor) Neudorfstraße 99.
- 17a (nördl.) Neudorfstr. 67.
- 18 (Innere Stadt, Sül.) Keiserberg 7.
- 19 (nördl.) Wehlstraße 62/64.
- Land-Distrikt 6 (Wahlf.) Promnitzstraße 46.
- 14 (Gerdain, Dürrgoy) Schönstraße 21.

Einer kleinen Anzahl ausdauernder Genossen ist es gelungen, in jähher, unermüdlicher Arbeit Tausende von Abonnement zu gewinnen. Viel größere Erfolge aber könnten errungen werden, wenn sich Hunderte von Genossen und Genossinnen an der so überaus wichtigen „Volkswacht“-Agitation beteiligen würden. Jeder neue „Volkswacht“-Abonnement ist ein neuer Mitkämpfer. Arbeiten wir am Sonntag mit allen Kräften dahin, daß ihre Zahl immer größer wird.

Am nächsten Sonntag wird auch in Bövelwitz eine „Volkswacht“-Agitation veranstaltet. Die Genossen treffen sich bei Berg, Promnitzstraße 46.

Bei der gestrigen Flugblatt-Verbreitung sind in einem Distrikte einige Straßen nicht belegt worden. Arbeitsfreie Genossen, die den Freitag oder Sonnabend noch zur Verbreitung benutzen wollen, mögen sich bald im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, melden.

## Scala-Theater.

### Das Warenhaus-Fräulein. Lebensbild aus der Großstadt von D. H. Papper.

Der modernen Literatur ist kein Gebiet unerforschten geblieben. Sie hat auch aus den Mauern der Warenhäuser Stoff zur Verarbeitung abholt. Und es muß gesagt werden: Unter den Läufern von Angestellten, die den Reichtum zum Verkauf bieten, findet sich genug Stoff, der wert ist, dramatisch gestaltet zu werden. Die Franzosen haben darin den Anfang gemacht. Eine Reihe Erzählungen zirkulieren im Buchhandel, in deren Mittelpunkt das Weib steht, die Angestellte des Warenhauses. Braucht gesagt zu werden, daß die Angestellten des Warenhauses in der Regel schlecht entlohnt werden? Das ist wohl unnötig. Die schlechte Entlohnung der weiblichen Angestellten ist geradezu sprichwörtlich geworden. Aber die Verkäuferin soll sich gut kleiden, damit sie „etwas“ vorstellt. Essen, trinken und wohnen will sie auch. Das alles kostet Geld, mehr als sie verdient, und so entstehen von selbst Gefahren, die die Angestellte oft ins Verderben stürzen, denn nicht jede ist standhaft, zumal sich gerade im Warenhaus vielerlei Versuchungen bieten. Aus dem Angestellten schöpfen die Autoren ungefähr ihren Stoff. Das Sozial-Erotische überwiegt in ihren Darstellungen, auch in dem Lebensbild des Warenhaus-Fräulein, das gegenwärtig im Scala-Theater zur Aufführung kommt und als Verfasser einen ehemaligen Messingputzer hat, bildet es die Handlung. Freilich, das Warenhaus-Fräulein ist fest, es kann den Versuchungen widerstehen, und dafür wird es gefehlt mit der Liebe eines Mannes, der nicht in ihr, wie so viele, nur das Warenhaus-Fräulein, sondern den Menschen sieht. Das Stück ist kein Tendenzstück schlechthin, obwohl das Soziale in verschiedenen Szenen etwas allzu stark aufgetragen ist. Der Verfasser will mehr sagen, wenn es ihm auch nicht ganz gelungen ist, dem Zuschauer das Leben innerhalb eines Warenhauses so vor Augen zu führen, daß es gepackt und mit fortgerissen wird. Dazu ist die Handlung etwas zu schwach und außerdem psychologisch nicht genügend durchgebildet. Immerhin sind in dem Stück Szenen von lebendiger Frische, und wenn man in Betracht zieht, welche Schminke mitunter über die Bretter gehen, so kann man das „Warenhaus-Fräulein“ ruhig mit ansehen. Es gehört gerade nicht zu den schlechtesten Sachen und ist, von einem Messingputzer geschrieben, eine recht anerkennenswerte Leistung. Die Darsteller boten, was möglich war, und verhalten somit dem amnestischen Verfasser zu einem ganz netten Erfolg. Er konnte sich am Schluß der Darstellung dem Publikum zeigen.

## Aus aller Welt.

**Agadir.** Agadir nennen die Marokkaner das kleinste Hafenstädtchen an der atlantischen Küste, das nun mit einem Seebad in unseren Gesichtskreis getreten ist. Kaum hatte man früher etwas von dem Orte gehört, über dessen Namen, aber verfallenen Lehnmannen die glühende Sonne Miras brennt und in dessen Gärten und kleinen maurischen Häusern kaum 700 arbeitsfähige Arbeiter wohnen, die sich teils vom Handel, hauptsächlich aber vom Fischfang nähren. Vierhundert Jahre alt ist jetzt die Geschichte Agadirs. Als die Portugiesen die Herrscher der Meere waren, gründeten sie in dieser Gegend einen Fischfanghafen und nannten ihn, wie so viele Orte, die sie in der Alten und Neuen Welt gegründet, Santa Cruz. Die Fischer sollten in diesem Hafen eine sichere Zuflucht finden, und es läßt sich, zumal am der so wenig gegliederten Küste Miras, in der Tat kein geeigneterer Hafen denken als diese „Fische des Albozens“, sogenannte nach der Gestalt der Bucht, die von Norden her durch einen weithin gegen das Meer vorspringende ellbogenförmig gestaltete Landzunge geschützt ist. Aber nicht lange konnten die Portugiesen den Platz halten. Die Marokkaner belagerten und eroberten ihn, um ihn wieder herauszugeben. Agadir blühte aber unter der islamischen Herrschaft schnell empor; es wurde zum natürlichen Sammelplatz für alle Karawanen, die den Weg nach dem Innern der fruchtbaren Provinz Sus und weiter hin nach der Sahara nahmen. Und aus dem fernen Suban kamen die Karawanen aus der entgegengesetzten Richtung nach Agadir, wo die Waren nach Europa verfrachtet wurden.

Seine höchste Blüte erreichte Agadir unter dem Sultan Mulay Ismail, der von 1672 bis 1727 regierte. Dem Sultan Mulay Sidi Mohammed, der von 1757 bis 1789 auf dem Throne der Scherife saß, war aber die Handelsstadt Agadir zu reich und mächtig geworden, und als sie sich gar offen gegen ihn empörte, wurde bekanntlich in Marokko bis auf den heutigen Tag bei jeder Gelegenheit geschickt, da beschloß der Sultan, die Stadt vollkommen zu vernichten. Er eroberte Agadir, machte es fast völlig dem Erdboden gleich und zwang die wohlhabenden Kaufleute, sich in dem weiter nordwärts liegenden, von ihm neu gegründeten Mogador anzusiedeln. Der Hafen von Agadir wurde für fremde Schiffe gesperrt und der ganze Handel war infolge dessen genötigt, seinen Weg über Mogador zu nehmen, das dadurch schnell zur Blüte kam.

So ist es war der Ueberzeugung, daß für den Handel kein Hafen nützlicher sein würde als Agadir. Nichtsdestoweniger blieb der Hafen bis auf den heutigen Tag für fremde Schiffe gesperrt, und nur einmal, im Jahre 1882, als in der Provinz Sus eine schlimme Hungersnot herrschte, war Agadir 7 Monate hindurch für die Einfuhr von Lebensmitteln europäischen Schiffen zugänglich.

Sus ist von Natur ein reiches, subtropisches Land, das in regenreichen Jahren sehr viel Getreide hervorbringt. Bleibt das beschränkende Maß aber aus, so gerät die Bevölkerung in Not, da die Einfuhr von Brotfrucht von den Kaüben in schamlofer Weise zur eigenen Bereicherung ausgenutzt wird.

**Am die Junker!** Ein Freund des Flugports schreibt der „Welt am Montag“:

Herr v. Oldenburg-Januschau, — echt preussischer Mann, sander Jurist und Tadel! — die Franzosen lachen über uns! Sie lachen zuerst über unser Maulschellenum im marokkanischen Handel und sie lachen heute über unsere Flieger, fühlen sich als Sieger auf diesem Gebiete und schwimmen in „Glorie“. Viele hundert ihrer Söhne vollbringen auf ihren Flugapparaten hervorragende Leistungen, zeigen, was französischer Eifer mag, — und werden von der gesamten Kulturwelt bewundert. Und unsere Taten? Zum deutschen Rundflug 24 Meldungen, — 9 ganze Starter. Von diesen 9 hat bisher ein Einziger die ganze Strecke zurückgelegt, alle anderen versagten mehr oder weniger, — fürwahr ein beschämendes Resultat. Die Fliegerei ist aber für unser Vaterland von außerordentlicher Bedeutung! Herr v. Oldenburg-Januschau, — echt preussischer Mann, Kamerader der Mitte der Nation, — wo ist Ihre Sippe? Wo sind die Junker? — Im deutschen Rundflug: kein einziger! Alle, die sich helfen mühen, der deutschen Namen wertig zu vertreten, sind bürgerlicher Herkunft. Sämtliche Weltgeltung sind bürgerlich. Soll man annehmen, daß den hochgeborenen Herrschaften der Mut zu diesem gefährlichen Sport fehlt oder ist ihnen das Hartieren mit den Apparaten eine zu schmutzige Sache? Wo sind die Herren, — die Blüte der Nation? Will sie noch lange im verborgenen schlafen? Sie ist doch sonst immer da, wo es etwas für das Vaterland zu tun gibt, zum Beispiel bei der Erblichkeitssteuer!

**Eine gezähmte Ameise.** Ueber die Ausführung eines der schillerendsten Jähmungen, die einer Ameise, beschrieb die Zeitschrift „Nature“. Dieses Kunststück ist dem Jesuitenpater Mazmann, dem hervorragenden Ameisenforscher und -Züchter, gelungen. Mazmann hielt in einem der von ihm erfundenen künstlichen Ameisenester mehrere Arten dieser kleinen, wilden Tiere in gemischter Anzucht und hatte ein „Fütterungsrohr“ damit verbunden, das in einer mit einem Korkstopfen versehenen Glaszange endigte. Hier platze sich regelmäßig eine der Tiere einzufliegen, das durch seine Kleinheit besonders auffallend und auch sonst leicht erkennbar war, so daß eine Verwechslung mit anderen seiner Art ausgeschlossen war; es lagte an dem ihm gebotenen Honig oder Zucker, füllte sein Kröpfchen und ließ den gesammelten Vorrat nachher mit feiner Nadelgefäße. Mazmann nahm nun öfter den Korkstopfen von der Glaszange auf die Ameise herauf und außen nach Junker suchte; während er ihr dann eine in Honig getauchte Nadelspitze, so stark

Was lehrt uns der Wasserstreik?

Die Zeitung des Bäderverbandes hielt es für angebracht, eine Zusammenkunft der Bäder zu veranstalten, um sie über die Erfolge der diesjährigen Bäderbewegung im Reich zu unterrichten und zugleich darüber zu sprechen, welche Lehre sie daraus zu ziehen haben.

Die diesjährige Bewegung war die fruchtbarste seit Bestehen des Verbandes, mit Stolz und Freude könne jeder organisierte Kollege auf sie zurückblicken. Das Kost- und Logiswesen kann in den Städten, wo der Kampf geführt worden ist, mit Ausnahme von Breslau usw., als überwunden angesehen werden.

Unsere meistertreuen Kollegen, wenn sie nicht mit Blindheit geschlagen sind, müssen doch zu der Erkenntnis kommen, daß sie durch die Harmonie mit der Meisterschaft es zu nichts bringen können. Wenn ihnen der Meister jetzt wirklich ein paar Groschen mehr Lohn gibt, dann haben sie es auch nur dem Vorgehen des Wasserstreiks zu verdanken.

Landkrankenläsen. Wie eine offiziöse Darstellung meldet, werden die Landkrankenläsen, dieses Unikum auf dem Gebiete der Krankenversicherung, Mitte nächsten Jahres durchgeführt werden.

Arbeiter als Armenpfleger! Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 Uhr soll im Gewerkschaftshause, Zimmer 3, eine Zusammenkunft der Armen- und Waisenspfleger aus dem Kreise der Arbeiter abgehalten werden.

Genosse Neulirch, der selbst Armenpfleger ist, hat das Referat über „Die Aufgaben städtischer Armen- und Waisenspfleger“ übernommen. Es darf wohl erwartet werden, daß alle Arbeiter, die als Armen- und Waisenspfleger

jezt kürzerer oder längerer Zeit tätig sind, in dieser Sitzung erscheinen werden.

Der schlesische Provinzial-Landtag, der bisher aus 147 Abgeordneten der Stadt- und Landkreise bestand, soll künftig 158 Mitglieder zählen. Gegen früher haben mehr Abgeordnete zu entsenden: der Stadtkreis Breslau 2, die Kreise Gödlich-Stadt, Dirschberg, Doyerswerda, Weihen-Land, Gleiwitz-Land, Rattowitz-Stadt, Rattowitz-Land, Rybnik und Jarosje je 1.

Ueber die Schulverhältnisse in Kobrowitz, Kreis Breslau, wird uns geschrieben: Unser Schulwesen hat sich so stark entwickelt, daß wir mehr Unterrichtsräume brauchen. Die Vertreter der Gemeinde sind auch darin einig, daß etwas geschehen muß: nur über das „Wie“ gehen die Ansichten auseinander. Ein Teil ist für einen Neubau. Nun besitzt die Gesellschaft vom Rath (Schüler u. Eltern) in Kobrowitz außer einigen Zuckersfabriken, großen Gütern usw. auch eine Villa, für die sie wieder ein Mietverhältnis eingetriget hat.

Nicht boykottiertes Lokal! Der Gastwirt Müller in Oltaschin wird seit einiger Zeit von der organisierten Arbeitererschaft gemieden. Diese Tatsache beruht auf einer falschen Nachricht, die durch einige Arbeiter verbreitet worden ist. Trotz unserer Mitteilung, daß das Müller'sche Lokal frei und nicht boykottiert ist, was zu der gegenteiligen Meinung Veranlassung geben könnte, mieden die Arbeiter auch am vorigen Sonntag das Lokal. — Genossen, Arbeiter! Achtet, bitte, nur auf die Beschlüsse der Lokalkommission und nicht auf ein leeres Gerede einiger Leute, die ein Interesse daran haben, das Müller'sche Lokal der Arbeitererschaft wieder zu entreißen.

Die Bibliotheksverwaltung des sozialdemokratischen Vereines Breslau kann die Adressen des Schneider Josef Künzler, früher Okenstr. 118 und der Bäcker Friedr. Kube, früher Klein-Gandau und Paul Vogt, früher Kaulstr. 37, nicht vermitteln. Sie richtet deshalb an die Parteigenossen und Gewerkschaftler die Bitte, ihr die genauen Adressen, wenn möglich recht bald, anzugeben. Mitteilungen werden erbeten an das Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 5, 2. Stage.

Die Breslauer Kinder-Heilanstalt-Kolonien sind Donnerstag vormittag in zwanzig Abteilungen vom Hauptbahnhofe und Freiburger Bahnhofe abgefahren, um sich im Waldenburger Berglande, im Gulengebirge und in verschiedenen Orten der Grafschaft Glatz, in der Frankenstein- und Reichenbacher Gegend und im Weisthal niederzulassen. Im ganzen sind es etwa 700 Kinder, die in die Erholungsstätten kommen und Sonnabend, den 29. Juli zurückkehren.

Das „Olympia-Billard“. Ende 1910 stellten einige Handwerksleute in Breslau in leerstehenden Läden die sogenannten Olympia-Billardstische auf, die sich bald eines regen Zuspruchs jugendlicher Personen erfreuten. Befürchtend, was die „Volkswacht“ damals in einem Lokalartikel zuerst darauf hin, welche sittlichen Schäden der Jugend durch solche Spielgelegenheiten drohen, das Spiel wurde so gehandhabt, daß der Gewinner je nach der Anzahl der Mitspielenden seinen Einsatz verdoppelt oder verdreifacht herausgezahlt bekam, ein großer Prozentsatz aber stets dem Besitzer bleiben mußte. Die Polizei wurde schließlich auf diese Unternehmungen aufmerksam und verbot die Veranstalter der Spiele. Vor der Breslauer I. Strafkammer als Verurteilten hatten sich jetzt die Handwerksleute Richard Reiter, Friedrich Käder, Hermann Vohl und Otto Strubelmann wegen Veranlassung von Glückspielen zu verantworten. Die Angeklagten verurteilten in der Verhandlung den Nachweis zu führen, daß das

Spiel lediglich von der Geschicklichkeit des Teilnehmers abhängt und deshalb gesetzlich erlaubt sein müsse. Der als Sachverständige vernommene Billardmeister Sauter aus Breslau bezeugte, daß er im Auftrage der Polizei seinerzeit mit der Prüfung der beauftragten Billards betraut worden sei. Er habe gefunden, daß sie nicht ordnungsmäßig waren. Trotzdem hielt es der Sachverständige nicht für ausgeschlossen, daß ein geübter Spieler bei Ausnützung aller Mängel den Ball sicher in die mit der höchsten Nummer bezeichnete Gewinnverteilung schieben könnte. Für solche Spieler wäre also der Gewinn durchaus nicht vom Zufall abhängig. Das Gericht kam demnach zu einer Verurteilung sämtlicher Angeklagten, weil nach einer Entscheidung des Reichsgerichtes jedes Spiel, auch wenn es an sich ein Glücksspiel ist, zum Glücksspiel wird, wenn es zum Gebrauch für Unzulängliche bestimmt ist. Und das war hier der Fall gewesen, denn der größte Teil der Spieler war tatsächlich dieses Spieles unzulänglich. Das Urteil lautete gegen die Hauptangeklagten auf je 10 Mk. Geldstrafe, gegen die nur wegen Beihilfe Angeklagten auf je 5 Mk. Geldstrafe.

Ein schwerer Automobilunfall beschäftigte die zweite Strafkammer als Berufsanhang. Am 4. Januar 1911 fuhr der Chauffeur Alexander Kuy mit seinem Auto von der Gartenstraße in die Neudorfstraße hinein. Dabei prallte der Kraftwagen mit einem dort stehenden Handwagen zusammen und schleuderte diesen mit seinem Führer, dem 50 Jahre alten Arbeiter Ernst Wütrich auf den Bürgersteig. Dabei erlitt Wütrich einen schweren Bruch beider Unterarme und eine bedeutende Augenverletzung. Wütrich mußte lange Zeit im Wenzel Panischen Krankenhaus zubringen und ist auch heute noch nicht völlig geheilt, da er sich nur mit Hilfe zweier Krücken und einer begleitenden Person fortbewegen kann. Kuy wurde am 19. Mai 1911 strafrechtlich zur Verantwortung gezogen und vom Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Auf die Berufung des Angeklagten änderte die zweite Strafkammer das Urteil ab, indem sie eine Geldstrafe von 50 Mk. festsetzte. Als Strafmaßmaßnahme sah die Strafkammer an, daß Kuy beim Einbiegen in die Neudorfstraße weiter als üblich nach links ausbiegen mußte, weil ihm auf der rechten Seite ein Fußweg entgegenkam. Dabei habe er von seinem Wagen aus den Arbeiter Wütrich mit seinem Handwagen nicht sehen können. Dennoch liege eine Fahrlässigkeit insofern vor, als Kuy die Fahrgeschwindigkeit des Automobils mäßigen mußte, um sofort halten zu können.

Ministerbesuch hatte Breslau am Donnerstag. Der preussische Justizminister Herr Dr. Weseler hielt sich zuerst im Oberlandesgericht auf dem Ritterplatze auf und besuchte dann in der Mittagsstunde das Landgericht, wo er im Schmutzgerichtssaale an die versammelten Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte usw. eine kurze Ansprache hielt. Nachher ging der Minister mit seiner Begleitung, die zwei Ministerialräte waren, in eine Sitzung des Jugendgerichts, der er bis zum Schluß beizuwohnte. Abends sah der Minister bei einem Herrn, das ihm zu Ehren der Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Bierhaus gegeben hat.

Die Gastwirte, Destillateure und Brenner gegen Barasch. Am 13. Mai 1911 erteilte der Stadtausschuß dem Warenhaus von Gebr. Barasch die Erlaubnis zum Betriebe des Kleinhandels mit feinen Spirituosen in verpackten und verpackten Flaschen. Barasch war schon mehrere Male um die Erlaubnis eingekommen, aber immer vom Stadtausschuß und Bezirksauschuß abgewiesen worden. Diesmal wurde aber endlich das Bedürfnis anerkannt. Die Gastwirte, Destillateure und Brennerer erhoben dagegen großes Geschrei; sie protestierten beim Polizeipräsidenten gegen die Erteilung und gaben an, sie gingen alle zu Grunde, wenn Barasch die Erlaubnis zum Kleinhandel erhalte. Der schlesische Gastwirtsverein klagte über den Alkoholmißbrauch, der dann getrieben würde, über die Völlerei die damit verbunden sein würde. Die Destillateure schrien, die Löhne würden sinken, Barasch würde viel billiger verkaufen, und die Brenner führten an, die Qualitäten würden geringer werden. Der Polizeipräsident hielt diese Einwendungen für so schwerwiegend, daß er sie zur Grundlage seines Einspruchs machte. Das Bedürfnis sei zu verneinen. Der große Kundenkreis würde sich dann noch sehr stark vermehren, und das könnte zu großen Uebelständen führen. Viele der Kunden wären sowieso dem Branntweinengenuss ergeben. (Woher weiß das der Polizeivertreter?) Der Vertreter der Firma stellte sich auf den Standpunkt, daß man unmöglich die angeführten Gründe als stichhaltig ansehen könne. Wenn Gastwirte und Destillateure so sehr um das leibliche Wohl des Publikums besorgt sei, so sollen sie nur selbst den Anfang machen, den Alkohol einzudämmen. Das Haus Barasch werde seinen Mißbrauch treiben. Die Eingaben seien nur von der Abneigung gegen Barasch eingegangen; vorurteilsvolle Menschen erkennen die Warenhäuser als einen Fortschritt an. — Alle Grundstücke, wo Warenhäuser bestanden, hätten Schankkonzession; nur Breslau macht eine Ausnahme. Es war alles unionist. Der Bezirksauschuß schloß sich der Ansicht der Polizei an, daß ein Bedürfnis nicht bestehe und hob die Vorentscheidung auf.

Die zwei kurze Zeit zurück, kam aber dann mit prägnanten Forderungen näher und ließ den König ab. Später nahm sie ihn sogar unmittelbar von der Fingerspitze, was viel besagen will, da den Amerikaner jeder Versuch eines fremden Lebens zuwiderläufig ist und das Tierchen zum Angriff oder zur Flucht reizt. Zuletzt brachte es Bazmann so weit, daß die Ameise sich regelmäßig nach Erteilung des Königs oder die geringste Gegenwehr und ohne einen Fluchtversuch zu machen, mit einem Greißelgeschlag am Hinterbein aufnehmen und ins Nest zurücktragen ließ. Wer, wie die Naturforscher, die angeborene Wildheit und Kampflust dieser winzigen Tiere kennt, gegen die ein menschlicher Finger eigentlich ein unschuldiges Lamm ist, wird die Beobachtung Bazmanns im vollen Maße würdigen und seine Kunst als „Ameisenbühnen“ nicht gering schätzen.

Der westeuropäische Rundflug. Die Teilnehmer am westeuropäischen Rundflug sind gestern früh in Dover aufgesessenen, um den Kanal zum zweiten Male zu überfliegen. Es starteten in der Zeit zwischen 4 und 5 Uhr die acht Piloten Debrines, Wibart, Beaumont, Gibert, Garros, Labureau, Zimmerling und Renard. Sie haben nämlich den Kanal ohne Zwischenstopp überflogen, und die Küste bei Calais erreicht. In dem Flug haben gebraucht: Debrines und Wibart je 41 Minuten, Beaumont 42 Minuten, Gibert 45 Minuten, Garros 49 Minuten, Zimmerling 51 Minuten, Labureau 53 Minuten, Renard 59 Minuten.

Familien drama bei Stettin. In Breslau bei Stettin triefte sich gestern vormittag ein Familien drama ab. In der Sophienstraße in Breslau wohnte die von ihrem Mann getrennt lebende Fräulein Neubauer mit ihrer Amdern. Gegen morgen erkrankte der Mann an der Cholera und kurz Zeit darauf hörte man gellende Schreie, während der Mann sich auf die Straße hob. Derbetende Nachbarn fanden die Frau in der Küche in einer großen Blutlache tot auf. Ihr Mann hatte für einen Stich in den Rücken beigebracht. Die Verletzung des Rückens wurde sofort aufgenommen. Einem Schenkwirt, der ihn verhaften wollte, verweigerte der Mörder zwei Meißerstücke. Erst im breiten Kanal machte der Verbrecherjagd ein Ende. Der Mörder warf sich ins Wasser, wurde aber von mehreren Männern herausgeholt und schließlich nach verweiltem Gegenwehr auf die Polizeistation gebracht. Die Verletzungen des Schenkwirtes sind nicht ernstlich.

Brandwund. In dem nahe bei Frankfurt a. M. gelegenen Dorfe Nieder-Walle hat sich in der Nähe der Deutsche geschied nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr allem Ansehen nach ein Brand ereignet. Die 60-jährige Frau Walter wurde in ihrer Wohnung erschossen aufgefunden. Sie war am vordem mit dem toten Mann mit einer größeren Schusswunde zurückgelassen. Schon der erste oberflächliche ärztliche Versuch ließ am Mannes Leben. Der Schuß der Unglücklichen ist tödlich

zerstört; der Körper wies unzählige Stichwunden auf. Aus der Wohnung wurden, wie sofort festgestellt werden konnte, 500 Mark geraubt. Als Täter kommen zwei Handwerksburschen in Betracht, die kurz zuvor in der Wohnung der alten Frau gehandelt hatten. Die Kriminalpolizei in Gießen entsandte noch am Abend Kriminalbeamte mit Polizeigewand an den Ort der Tat.

Gehter. In dem Dorfe Duchingauke im Gouvernement Petrovsk hat ein Riesenfeuer aus, welches in kurzer Zeit von einem starken Winde befeuert, über 100 Häuser einäscherte. Die Bauern schätzten den Schaden auf 100000 Rubel. Der Brand wurde durch die Hand eines Kindes angelegt worden und fielen über die Verdächtigen her. Es kam zu einem heftigen Kampfe, in dessen Verlauf zehn Personen getötet und viele verwundet wurden. Gendarmen mußte eingreifen, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Sie nahen 64 Verhaftungen vor.

Heberjäger. In der Müllerstraße in Berlin wurde gestern abend die siebenjährige Martha Kade aus der Magarethe-Kirchstraße 60 von einem Privatautomobil überfahren. Der Kraftwagen ging dem Kinde über die Brust, so daß der kleine Körper sofort zerdrückt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Nach der Aussage von verschiedenen Augenzeugen trifft den Führer des Automobils keine Schuld an dem beklagenswerten Unglücksfall, da das Kind direkt in das Automobil hineingelaufen ist.

Zwischen Gymnasien von Rüstern gefangen. Ein Gegenstand, der der Gelehrten der Jagenerz Richter bildet ein Korral, der sich in der Nähe von Rüstern abspielte. In einem Dorfe des Bundesstaats nahm einem Telegramm zufolge, eine Rüstern sieben Gymnasien gefangen, die von einem Epizytenzug zurückgeführt. Die Täter, der Lösegeld fordern, sind noch nicht ermittelt.

Die Fingerringe in Amerika. Der vierjährige Jähling aller durch die jenseitige Hitze rangelommenen Todesfälle ergibt nach vier Tagen 41; außerdem werden 80 Todesfälle durch Ertrinken gemeldet. Die Aufzeichnungen sind nicht vollständig, da nur größere Städte berücksichtigt sind. Die Untersuchungen gehen in die Länge. Zahlreiche Selbstmorde infolge der Hitze sind erneut zu verzeichnen. Die Pferde leiden furchtbar und stürzen allenthalben hin.

Erpinner. In der am Kreider Rheinischen Bergenden Del'avit Boley brach gestern früh ein noch unbekannter Unfall ein. Erpinner war, das die umfangreichen Lagerbestände vollständig vernichtete. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Versuchen sind noch nicht vertret worden. Der Rettungsapparat in der Rheinberger Straße. Die preussische Centralbehörde für den Rettungsapparat in der Rheinberger Straße ist bereit worden. Die Zentrale ist für den Preis 14 Millionen Mark, wovon am 15. Juli bereits 400,000 Mark zur Verfügung gelangen.

Hungersnot in Russland. Im Gouvernement Orenburg ist im Kreise Trost eine starke Hungersnot ausgebrochen. Es sind Getreidefelder und Weizen durch die furchtbare, schon mehrere Wochen anhaltende Dürre verdorrt. Das Vieh beginnt zu verhungern. Unter den Kirgisenkisten ist eine Panik ausgebrochen, da sie keine Hilfe erhalten. Das Getreide wird mit Gold aufgewogen.

Todessturz in eine Gruft. Aus Weinberge in Bayern wird gemeldet: Bei einer Beerdigung stürzten sieben Frauen in eine tiefe Gruft. Drei wurden getötet, die anderen verletzt.

Der Schimmel mit der Leibrente. Einen ergötlichen Streich hat ein alter Herr, der kürzlich in Berlin das Zeitliche segnete, seinen Erben, entfernteren Verwandten, gespielt. Neben einem ansehnlichen Vermögen hinterließ er auch einen Schimmel, mit dem er früher zuweilen herumkutschte war. Im Testament fand sich nun die Bestimmung, daß der Schimmel einem langjährigen Freund des Verstorbenen in Pflege zu geben sei. Für jedes Jahr sollte der Pfleger bei Lebzeiten des Pferdes die Summe von 10 000 Mk. erhalten. Um das Pflegegeld sicherzustellen war der größte Teil des Vermögens auf einer Bank zu deponieren. Da der Schimmel noch gar nicht alt ist, so kann seine Pflege noch manche 10000 Mk. kosten, wie man sich vorstellen kann, zum nicht geringen Verger der „lachenden Erben“. Ueberhaupt ist es unergötlich, ob nicht am Ende der alte Herr mit seinem Testament nur seine Verwandten ärgern wollte, oder ob er wirklich seinen Schimmel so lieb hatte.

Unlösbare Rätsel. Rätsel können mit der Zeit unraibar werden, weil die Gegenstände, auf welche sie sich beziehen, im Laufe außer Gebrauch kommen. Wir fällt ein altes Reizungsblatt in die Hand, in dem ein Stehhaber und Sammler von vollständiger Spruchweise u. a. auch eine Anzahl von Räseln mitteilt, die er unter mecklenburgischem Landvolk gesammelt hat. Davon lautet eins:

„Sie schänden mich, Sie schänden mich, Sie schneiden mir den Kopf ab, Sie geben mir was zu laufen Und lassen mich wieder laufen.“

Ein anderes heißt: „Des Tages hab' ich nichts zu tun, Man läßt mich in dem Winkel ruhn; Des Abends, bricht die Nacht herein, Dann schind' ich Feuer und Flammen ein.“ Untere Kinder können beide Räsel nicht mehr erraten. Wir Älteren, wenn wir uns auf unsere Jugend zurückbesinnen, kommen noch dahinter, daß bei dem einen die Auflösung lautet: „Die Ganspfeil“, bei dem anderen: „Die Schindler“. Johannes Kreyen.





## 3. Konferenz der Arbeitersekretäre.

Im großen Saale des Dresdener Volkshauses ist am Montag die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Anschluß an den Gewerkschaftskongress einberufene Konferenz der Arbeitersekretäre zusammengetreten, um eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. 85 Sekretariate sind durch 91 Sekretäre vertreten. Die Leitung der Verhandlungen wird der Generalkommission, die durch Bauer, Schmidt, Sabath und Knoll vertreten ist, übertragen. Es wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten. Den

### Bericht des Zentral-Arbeitssekretariats

eröffnet Wissel-Berlin, der sich in der Hauptsache mit der inneren Arbeit der Sekretariate befaßt, da über die Tätigkeit des Zentral-Arbeitssekretariats regelmäßig berichtet wird. Es ist zu rügen, daß die Akten der von uns zu vertretenden Sachen uns nicht früh genug zugehen. Das muß auch dann geschehen, wenn die Sekretäre glauben, die Sache in allerbesten Weise vorbereitet zu haben, oder den günstigen Ausgang für noch so sicher halten. Man kann nie vorher sagen, daß günstige Entscheidung sicher ist. Für die Würdigung des Beweismaterials ist dessen frühzeitige Vorlage von Bedeutung. Die Vorlegung neuer Beweismaterials erst im Termin durch die Berufsgenossenschaft bekämpfen wir immer, deshalb bitten wir die Sekretariate, nicht durch verspätete Zuführung des Materials den gleichen Fehler zu machen. Nichtsdestoweniger ist die mündliche Vertretung ungenügend, weshalb der Redner Wissel, anführt. Für die Akten von Gutachten muß durch die Sekretariate eine gewisse Garantie übernommen werden, damit die Last nicht etwa dem Zentralsekretariat verbleibt. Anträge, wie ich bitte ein Gutachten, aber nicht vom Vertrauensarzt der Gewerkschaft einzuholen, können mehr schaden, als nützen. Die eventuelle Kritik an Gutachten muß unbedingt sachlich bleiben. Gutachten von Ärzten sind nicht zur Feststellung des Verlustes an Erwerbsfähigkeit bei geringeren Verletzungen einzuholen, sondern nur zur Bewertung der physikalischen und psychologischen Folgen der Verletzung auf die Erwerbsfähigkeit. Es hat auch keinen Zweck, in Notrufschriften gegen feststehende Grundzüge des Reichsversicherungsamts anzukämpfen. Logik, richtige Angaben, Ernst und Bestimmtheit müssen die Stärke der Notrufschriften sein. Unnütze Arbeit dürfen wir nicht auf uns nehmen, etwa gar aus „Konkurrenzgründen“. Anfragen nach dem Stand der Sachen sind zu unterlassen, das Amt bemüht sich ohnedies nach Kräften. Gefällige Audienzen an das Amt, das doch nur nach Recht und Gesetz zu entscheiden hat, sind nicht am Platze. Die Wahlen der Richter zum Reichsversicherungsamt werden in diesem Jahre nicht stattfinden, der Bundesrat ist durch das Einführungsgezet zur Reichsversicherungs-Ordnung bevollmächtigt, die Amtsdauer der jetzigen Richter zu verlängern. Immer noch lassen es die Kartelle an der unbedingt nötigen Beteiligung an den Wahlen zu den Versicherungsämtern, Schiedsgerichten usw. fehlen. Der Redner schließt, nachdem er zahlreiche sehr belehrende Fälle unrichtigen Vorgehens vorgetragen, mit einem Hinweis auf die gerade durch die Reichsversicherungs-Ordnung vermehrte Notwendigkeit ernster Vertretung in das Reich und die Rechtsprechung. Die Selbstkritik darf nicht schweigen. (Lebhafter Beifall.)

### In der Diskussion besprochen

Timm-München: Die Erfahrungen des bayerischen Landesversicherungsamts, das ebenfalls eine Zentralstelle ist. Die Sekretariate sollten überall dahin wirken, einen Etat für Verzeleuten zur Verfügung gestellt zu erhalten. — Auf der Straße-Voßum meint unter teilweisem Widerspruch, daß die Sekretariate schon des Möglichen an Ablösung ausführender Sachen leisten. Aber gerade hier treiben zum Beispiel die Christlichen eine unsagbare Schmutzkonzurrenz. — Seiden-Frankfurt a. M. betont die Notwendigkeit erhöhter Tätigkeit der Arbeitersekretariate. — Schröder-Erfurt klagt über die Belastung der Sekretariate in den kleineren und mittleren Städten. Man kann mit der Rechtsentwicklung kaum Schritt halten. — Eichenmüller-Münster: Eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann, ist die Verschlechterung der Rechtsprechung. (Sehr richtig!) Immer noch besser, selbst mit einigen Simulanten heranzufallen, als gerechtfertigte Ansprüche nicht zu verfolgen! — Weber-Königsberg: Vielleicht könnte man bei den Gewerkschaften die Ausdehnung des Rechtsschutzes auf die Witwen der Militärliefer beschließen, denn gerade nach dem Tode von Unfallverletzten entstehen Prozesse mit hohen Kosten. — Stoll-Bremenbaden: Die Generalkommission könnte sich doch an die Kartelle wenden, damit der Ueberlastung der Sekretäre gesteuert wird.

Wartels-Köln wünscht Ausbau der Unterrichtsstufe der Generalkommission. Die Zeit, in der viele Sekretariate arbeiten müssen, verursacht manchen Schmerz. Zur Ausbildung der Richter bestimmte Kurse sollten von den Arbeitersekretären geleitet werden. Einige dreiwöchige Schiedsgerichte lassen uns doch zu. Die Praxis der Berufsgenossenschaften wird immer schlimmer. (Zustimmung.) — Vogler-Braunschweig: An der späten Alterszeit sind nicht immer die Sekretariate schuld. Das zweifelhafte Wissen der Verletzten nach Berlin oder zum Schiedsgericht ist leider nicht zu beseitigen. Wir haben ein wahres Absehnungs-Schiedsgericht. Auf der Klinik Göttingen sind wenig erfreuliche Zustände.

Schneider-Dormund: Wenn die Rechtsprechung den Ober-Schiedsämtern zufällt, wird die Hauptarbeit von den Sekretariaten zu leisten sein. Hier sollte die Generalkommission eingreifen.

Zentralarbeitersekretär Wissel (Schlußwort): Eichenmüller hat recht, wenn er sagt, daß wir es unserer Würde schuldig seien, Vertretungen da abzulehnen, wo wir innerlich von der völligen Unzulänglichkeit überzeugt sind. Im Zweifelsfall aber müssen wir natürlich für den Verletzten eintreten. Oft enthalten die Akten Tatsachen, die wir nicht sehen und zu Gunsten der Verletzten sprechen. Ein Austausch durch ganz Deutschland ist ganz unmöglich. Ein Formularaustausch ist vielleicht möglich bei unserer nächsten Konferenz.

Bauer (Generalkommission): Der Zweck des Klagen über die Ueberlastung, die bringen notwendige Entlastung durch Schreibhilfen, wird durch die Vertretung über diese Sitzung wohl erreicht werden. Gegen Kurse für Richter werden die Kartelle nichts haben. Ohne zwingenden Grund soll kein Wechsel in diesen Stellen stattfinden, das liegt im Interesse der Sache. — Ueber.

### Die Jahresberichte der Arbeitersekretariate

referiert Bauer von der Generalkommission: Die Generalkommission ist zu dem Schluß gekommen, daß die Berichte eingeschränkt werden sollen. In Anfang wurde durch die Forderung, erst die Errichtung der Sekretariate gerechtfertigt. Heute aber haben diese Berichte durch ihre große Zahl an Wert bedeutend verloren. (Hört, hört!) Es werden da zahllose gar nicht bedenkliche Entscheidungen wiedergegeben. Die Besprechung prinzipieller abweichender Entscheidungen unterbleibt. Die Arbeit und die Akten stehen außer allem Verhältnis zur Verbreitung der Berichte. Fortlaufende Erörterung in der Arbeiterpresse fruchtet viel mehr. (Sehr richtig!) So kann auch ein kurzer Tätigkeitsbericht veröffentlicht werden, aber er kann dem Kartellbericht angehängt werden. Wir wollen vom 1. Januar 1912 an eine monatliche Monatsbeilage zum Korrespondenzblatt schaffen, in der auch der Jahresbericht des Zentralarbeitersekretariats, erweitert um eine Reihe der Rechts-

prechung des Reichsversicherungsamts, erscheinen könnte. Ueber den Antrag aus München auf

### Heransgabe eines wöchentlichen sozialpolitischen Organs,

über den die beteiligten Instanzen Ihre Meinung hören wollen, bitte ich, sich ebenfalls zu äußern.

Seiden-Frankfurt a. M. stimmt dem Referenten völlig zu, die Hauptfrage des Beschlusses ist die der Redakteur. Ein Monatsblatt für Versicherungs-Einstellungen wird kaum genügen. — Fette-Straßburg: Der Umfang der Berichte ist schon zurückgegangen. Der Münchener Vorschlag scheint mir besser als die monatliche Monatsbeilage. — Wittcher-Mannheim: Auch wir haben den feinerzeitigen Anregungen Mathias Folge geleistet. Zeitungsinterate gehören nicht in den Bericht. Der Münchener Antrag verlangt zu viel. — Thomass-Weißberg: Eine derartige Zeitschrift ist wünschenswert. Die Gewerkschaftsschule sollte eine Abteilung für soziales Recht haben. — Timm-München begründet die Münchener Anregung. Der Boden für eine sozialpolitische Zeitschrift ist da, warum soll man die Sache nicht großartig machen? Die richtigen Leute sind schon zu finden. Man kann die Zeitschrift auch halbmonatlich herausgeben. Die Arbeiterpresse erfüllt auch halbmonatlich für Besprechung des Rechts und der sozialen Vorgänge. — Kögler-Herlitz: Das Organ soll vierzehntägig erscheinen. Es wäre namentlich ein Segen für die Orte, die noch kein Sekretariat errichtet können. — Endres-Kirch schließt sich Timm an und wünscht eine Kritik über die Organisationszugehörigkeit in den Zeitschriften. — Buch-Dresden: Die Kartellberichte bedeuten eine späterhin unentbehrliche Chronik, sie müssen weiterbestehen. Wenn das neue Blatt so gedruckt wird, daß es eintrübter werden kann, so würde es viele jetzt abonnierte und sich wiederholende Blätter überflüssig machen. Das bürgerliche Recht dürfte nicht vernachlässigt werden. Heute ist es gar nicht möglich, alle die vielen Zeitungen zu lesen. Es ist darum schade, jedem Sekretariat alle Gewerkschaftsblätter zu senden und jeder Gewerkschaft alle Sekretariatsberichte. (Sehr richtig!) Ich wünschte, daß das von München angelegte Blatt erscheint in der von mir angeordneten Weise. — Wissel-Berlin (Zentralarbeitersekretariat): Die Kartelle könnten immer die Nummer der Monatsbeilage den Richtern zustellen, die gerade diese Genossen interessiert. Dadurch würde auch das Interesse für die anderen darin behandelten Fragen wachsen. — Robert Schmidt-Berlin (Generalkommission): Die Debatte zeigt schon, daß viele glauben, sie bekommen alles für und fertig vorgelegt und brauchen nur hinzuzugucken. (Heiterkeit.) So wird es nun nicht sein. Ich meine, voran muß ein verständlich gehaltenen Artikel über eine Frage des Augenblicks stehen. Es existieren schon mehrere sehr billige Zeitschriften mit vorzüglichen Inhaltswerten, z. B. die Arbeiterverköpfung, aus denen die wichtigsten Entscheidungen leicht entnommen werden können. Da kann man nicht die Ansuchen der Generalkommission zittern. Wir müssen noch viel mehr als heute die Rechtsprechung verfolgen und ihre Entwicklung fördern, auch durch die theoretischen Artikel in unserem zu schaffenden Organ. Es fehlt uns nicht an Literatur, sondern den Arbeitersekretären an Zeit. — Bauer (Schlußwort): Eine Erweiterung der Statistik kann nicht in Frage kommen, sondern es können nur die Unterfragen nach den Kapiteln des bürgerlichen Rechts beleuchtet werden. (Sehr richtig!) Wenn das von München angelegte Blatt zustandekommt, was ich befürworte, wird darin das gesamte Arbeiterrecht behandelt werden müssen, auch das Verwaltungsrecht, trotz seines landesrechtlichen Charakters. Den Sekretariaten fehlt es auch an Mitteln für diese reiche Literatur, wie an Zeit, ein Extrakt ist nötig. Der Bericht kann alljährlich mündlich in allgemeiner Gewerkschaftsversammlung erstattet werden.

Ein Antrag, die Berichte auf die Tätigkeit einzuschränken, keine Rechtsfragen darin zu besprechen, wird einstimmig angenommen. Die Konferenz spricht sich mit 45 gegen 43 Stimmen gegen ein eigenes sozialpolitisches Organ, und dann einstimmig für die Heransgabe des Korrespondenzblattes aus. Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

## Kongress der portugiesischen Sozialisten.

Man schreibt dem „Vorwärts“ aus Lissabon vom 25. Juni:

Am 18. und 19. Juni hat der erste sozialistische Kongress seit Errichtung der Republik stattgefunden. Seine Verhandlungen waren von großer Begeisterung durchweht. Die Teilnehmer des imposanten Kongresses repräsentierten die verschiedenen sozialistischen Elemente von ganz Portugal.

Sonntag, den 18. Juni, eröffnete Genosse Pereira im Namen des Parteivorstandes die Verhandlungen. Genosse Manoel Jose da Silva, der erste sozialistische Abgeordnete in Portugal, wurde zum Kongressleiter gewählt.

Genosse Cesar Nogueira schlägt betreffs der Haltung der sozialistischen Partei zu dem neuen Regime folgende Resolution vor:

„Da die Republik seit dem 5. Oktober 1910 in Portugal eingeführt worden ist, hat auch die sozialistische Partei ihre Haltung zu der neuen politischen Situation klarzulegen. Während der politischen Kämpfe der Bourgeoisie unter dem alten Regime hat die sozialistische Partei stets in Uebereinstimmung mit ihrem Programm und den nationalen und internationalen Beschlüssen eine unabhängige Stellung eingenommen. Die Republik ist jetzt eine vollendete Tatsache und so sie eine mehr demokratische Staatsform ist, und da ferner die Prinzipien des Sozialismus und das Programm der neuen Internationale in der Hauptsache revolutionäre sind, lassen sie im Prinzip alle fortschrittlichen Umgestaltungen zu, die sich unter der Herrschaft des Kapitalismus durchzuführen lassen.“

Da aber der republikanische Staat den wirtschaftlichen, sozialen und selbst politischen Forderungen der Arbeiterklasse nicht entsprechen kann, weil er das Organ einer Klasse ist, die von der wirtschaftlichen Ungleichheit lebt, die internationale sozialistische Partei aber in erster Linie eine Partei ist, die den Klassenkampf zur Grundlage ihrer Anschauungen gemacht hat, so ist sie infolgedessen eine Partei, die im schärfsten Gegensatz zu jedem Bourgeoisystem steht.

Da aber die Errichtung der Republik eine Notwendigkeit geworden war infolge der jammervollen Lage, in der sich das Land unter der Monarchie befand, da ferner die republikanische Staatsform größere öffentliche Bewegungsfreiheit gewährt und der sozialistischen Betätigung größeren Spielraum läßt, entscheidet sich der portugiesische Sozialistenkongress während der ersten Etappe der republikanischen Periode und vor Errichtung der konstituierenden Nationalversammlung für eine Unterstützung der portugiesischen Republik. Der Kongress erklärt, daß die sozialistische Partei bedingungslos für die portugiesische Republik eintritt, um ihren weiteren Ausbau herbeizuführen und sie gegen alle Angriffe zu verteidigen, die gegen sie ausgeführt werden.“

Defensivmaßnahme behält sich die sozialistische Partei volle Aktionsfreiheit für den Klassenkampf vor, da sie ihr Ziel in der radikalen Umgestaltung der Gesellschaft bis zur Errichtung der sozialen Republik erblickt.

Eine andere vom Genossen Theodoro Alberto vorgelegte Resolution erklärt sich mit der Errichtung der Republik einverstanden, die die Nation von der verfallenen monarchischen Be-

drückung befreit hat. Die Resolution erklärt ferner, daß das Volk der Bitter herbeigeführt werde durch die Abschaffung aller Staatsformen, die sich auf das Privateigentum stützen. Pietro entzieht den portugiesischen Revolutionären seinen Gruß, die am Morgen des 5. Oktober 1910 die Republik proklamieren, er ehrt die Gefallenen und bietet den bestehenden Staatsinstitutionen seine Unterstützung durch Wort und Tat an, für den Fall, daß man durch politische oder religiöse Umtriebe eine Wiederkehr der alten reaktionären Zustände erstreben sollte. Ferner wurde über die Frage einer täglich erscheinenden Zeitung diskutiert, die die sozialistischen Ideen verbreiten und die Arbeiterinteressen wahrnehmen soll. Eine Kommission wurde mit den Vorarbeiten hierzu betraut.

Genosse Fernandes Alves protestierte gegen die Ausweklungsandrohung, die die Regierung gegen Pietro Gallmott ausgesprochen hat, falls er „als Fremder“ an dem Kongress teilnehmen würde. Gallmott wohnt seit 33 Jahren in Portugal; er ist einer der ältesten Bekämpfer des Sozialismus.

Der Kongress nahm eine Kundgebung des Unwillens gegen die angeblich liberale Regierung an.

Genosse Miguel Antonio Lopez legt einen Antrag vor, nach dem der Nationalkongress der portugiesischen Sozialisten den Proletariats aller Länder seinen Gruß entbietet und gelobt, alles zu tun, was zur politischen und wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse führen kann.

Am zweiten Verhandlungstage entspann sich eine Diskussion über die Landarbeiterfrage; die schwierige Situation zwingt zunächst zur Organisation einer großartigen Aufführungsaktion in den ländlichen Gegenden.

Genosse Dr. Costa junior wendet sich gegen das Referatungsgezet, unter dem in erster Linie das Proletariat zu leiden hat.

Eugenie Maria verlangt von dem neuen sozialistischen Abgeordneten, daß er sich im Parlamente besonders der proletarischen Frauen annehmen solle.

Der Abg. Manuel Jose da Silva weist auf die Unfähigkeit der Republik hin und erklärt, daß die Revolutionäre von gestern, die heute die Macht in den Händen haben, keines der gegebenen Versprechen halten werden.

Ein Antrag, den ersten sozialistischen Abgeordneten beim ersten Gange zum Parlament zu begleiten, wird einstimmig angenommen.

Bei der Wahl des „Conselho central“ (Parteiorganisations) werden die Genossen Pereira, Pomba, dos Santos, Nogueira, Barao, Canellas und Lagata gewählt.

Am dritten Verhandlungstage (19. Juni) berichtete der Vorsitzende Alves über die Demonstration, als man Genossen Silva zum Parlament geleitet. Mehr als 2000 Personen haben unter lauten Zurufen daran teilgenommen.

Das von Genossen Ladiario Batista vorgelegene Parteilstatut wird angenommen. Kurz vor Schluß der Sitzung schmitt man noch die Frage der genossenschaftlichen Organisation an. Durch Annahme einer vom Genossen dos Santos eingebrachten Resolution wird das Studium dieser Frage beschlossen.

Der nächste Kongress soll in Lissabon stattfinden. Unter Hochrufen auf die sozialistische Partei, auf die Internationale und die Republik wird der Kongress geschlossen.

Zum ersten Male sind so zufriedenstellende Resultate auf einem sozialistischen Kongress in Portugal zustande gekommen. Während der ganzen Verhandlungen herrschte Begeisterung, Einigkeit und Disziplin. Das endlich erwachte Proletariat Portugals erkennt, daß der sozialistische Partei die Zukunft gehört und diese Erkenntnis ist die Saat für eine kommende Ernte.

## Parteiangelegenheiten.

Sächsisch-Landesversammlung. Das Zentralkomitee für Sachsen beruft die diesjährige Landesversammlung für den 20. und 22. August nach Meichen ein. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Das Organisationsstatut, Referent: Dr. Sindermann. Die Gemeindesteuerreform, Referent: Heinrich Lange-Leipzig. Die bevorstehenden Reichstagswahlen, Referent: Fritz Seyer-Leipzig.

Ein tapferer russischer Streiter, Genosse G. Lepit, ist in Heidelberg in der Nacht vom 3. zum 4. Juli an einem Herzleiden gestorben. Genosse Lepit hat lange aktiv in der russischen Revolutionsbewegung gestanden, erst als Sozialrevolutionär, dann als Sozialdemokrat. Er war auch Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ und des „Vorwärts“, da er ein hervorragender Kenner des Ostens und Ostiens war.

Die Leiche des dahingegangenen Kämpfers wird am Donnerstag im Krematorium zu Heidelberg eingeholt werden. Die Beerdigung soll nach Berlin übergeführt und dort bestattet werden.

Die skandinavische interparlamentarische Friedenskonferenz und die Sozialdemokratie. Der nordische interparlamentarische Verband, ein Zusammenschluß der Friedensgruppen der Parlamente, hielt kürzlich in Christiania eine Konferenz ab, an der aus jedem der drei Länder 15 Delegierte, worunter zwei Sozialdemokraten, teilnahmen. Unter dem Einfluß unserer Genossen fielen die Beschlüsse entschieden aus, als man bisher für möglich hielt. Zu der wichtigsten Frage, der Abrüstung, waren drei Sozialdemokraten als Referenten bestellt: Egede Rissen (Norwegen), Stauing (Dänemark), Palmierne (Schweden). Eine Resolution wurde angenommen, nach der die skandinavischen Delegierten auf der im Oktober in Rom stattfindenden allgemeinen interparlamentarischen Friedenskonferenz für die Einschränkung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser eintreten sollen. Weiter soll mit den Gruppen der übrigen Kleinstaaten wegen einer Aufforderung der Abrüstung an die Großmächte zur allmählichen Verminderung der Rüstungen verhandelt werden. Diese Resolution wird in deutscher, englischer und französischer Sprache der Konferenz in Rom vorgelegt werden.

Ueber die Konferenz schreibt Genosse Branting, der daran teilgenommen hat: „Das Ergebnis, das einen bedeutenden Fortschritt in positiver Friedensarbeit bedeutet, wurde von den Sozialdemokraten und Linksmännern den Bedenkllichkeiten der Konservativen gegenüber durchgedrückt. Die Stimmung war sehr gut. Die Konferenz wird überall als die beste und ergebnisreichste bezeichnet, die bisher stattgefunden hat.“

„Die Sozialdemokratie im Urteil der Genossen“ teilt sich eine Schrift, die demnächst im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint. Die Schrift enthält sachlich geordnet die zahlreichen Ansprüche und Urteile unserer Genossen über die sozialistische Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Betätigungen, sie wird unseren Redakteuren und Rednern ein willkommenes Hilfsmittel im täglichen Kampfe sein. — Aus dem Inhalt geben wir die nachstehenden Kapitelüberschriften:

Theorie und Programm der Sozialdemokratie. — Organisation und Agitation der Sozialdemokratie. — Sozialdemokratische Opferwilligkeit. — Positive Arbeit der Sozialdemokratie. — Die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei. — Die Sozialdemokratie als Kritiker und Anreger. — Die Sozialdemokratie als Kulturbewegung. — Bildungs- und Erziehungsarbeit der Sozialdemokratie. — Sozialdemokratie und Sittlichkeit. — Sozialdemokratie und Religion. — Die sozialdemokratische Presse. — Die Gewerkschaften. — Sozialdemokratie als Richter. — Sozialdemokratische Führer. — Der Kampf gegen die Sozialdemokratie. — Revolution und Umsturz. — Zukunft. — Verschiedenes.

Trinkt Sinalco Beuthen O.S.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern der Gläubigen empfohlen.

Spezialgeschäft für Fahräder, Steinbahn, Gärten, Neumarkt.

Bäckereien, Billa, Guss, Nicolaistraße 11. Vereins-Brauerei A.G. Kurz, Weiss- und Wollwaren.

Welbner's Gartenhof, Stadtwald, Edlmaier, Anton, Breilauerstraße 5. Klose, Friedr., Reparatur.

Fahrräder und Nähmaschinen, Beckenich, G., Ring 30, Sprechmaschinen. Fleischerei, Hofe, Paul, Durlachstraße 1.

Chh. Schmidt, Königl. 21. (Zubehörteile) Simon, Ernst, Neumarkt 2. Herren- u. Damenkonfektion.

Herren-Garderobe, Firma Rubin, Oskar, Burgstraße 70. Schwarz, Max, Mittelstraße 88.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern.

Brief, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.

Bierbrauereien, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.

Bierbrauereien, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.

Bierbrauereien, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.

Bierbrauereien, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.

Bierbrauereien, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.

Bierbrauereien, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.

Bierbrauereien, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.

Bierbrauereien, Arbeiter-Konfektion, Remann, W., Ketzler, 1. Div. Mittelstr. Bäckereien und Konditoreien.

Haus- und Küchengeräte, Adelt, W., Breilauerstr., Tel. u. Postad. Kaufhaus, Kaufhaus, Breilauerstr. 19. 5/10.

Fleischeri, Engel, Richard, Ring. Müller, Julius, Liegnitzerstraße. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Gerl, Emil, Königsstraße 1. Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Garderobe.

Restaurations, Steinwald, Gärten, Neumarkt. Bismarck, O., Café zum gelb. Stern. Bäckereien, Steinwald, Gärten, Neumarkt.